

Inhaltsverzeichnis

1. Über	
2. American Chamber of Commerce in Germany	
3. Atlantik-Brücke	
4. BITKOM	
5. BusinessEurope	
6. Otto Fricke	
7. CNC Communications & Network Consulting	
8. ECONWATCH	
9. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
10. Düsseldorf Institute for Competition Economics	
11. Justus Haucap	
12. Ludwig-Erhard-Stiftung	
13. Daimler	

Uber

Uber ist ein weltweit tätiger Konzern, der über Angebote auf seiner Plattform Nutzer mit Anbietern von Fahrdiensten, Händlern und Lebensmittellieferdiensten sowie mit öffentlichen Verkehrsnetzen verbindet. Der Gesamtumsatz von Uber lag 2021 bei 17,46 Mrd. US-Dollar.^[1] Bei Uber sind 29.300 Personen beschäftigt.^[2] Die zeitweise außergewöhnlich aggressiven Lobbymethoden des Konzerns, mit denen die rechtlichen Rahmenbedingungen des Uber-Geschäftsmodells in der EU beeinflusst werden sollten, konnten aus geleakten Dokumenten für den Zeitraum 2013 - 2017 (Uber Files) detailliert rekonstruiert werden.

Uber Germany GmbH, Berlin, Uber Technologies, Inc., San Francisco (Headquarter)

Branche	Verkehrswirtschaft
Hauptsitz	San Francisco (Headquarter) bzw. Delaware (juristischer Sitz)
Lobbybüro Deutschland	Uber Germany GmbH, Köpenicker Straße 126, 10179 Berlin
Lobbybüro EU	Uber B.V., 1097DP Amsterdam, Mr. Treublaan 7 (europäischer Hauptsitz)
Webadress	uber.com/de

Inhaltsverzeichnis

1 Uber-Gesellschaften und Personen (Auswahl)	2
2 Aktionäre von Uber	3
3 Public Policy Advisory Board	3
4 Tätigkeitsgebiete	3
5 Entwicklung der Uber-Aktivitäten in Deutschland	3
6 Lobbystrategie laut deutschem Lobbyregister und EU Transparenzregister	4
6.1 Angaben im Lobbyregister	4
6.2 Angaben im EU Transparenzregister	4
7 Die Uber Files	5
7.1 Seitenwechsler:innen Neelie Kroes und Otto Fricke	5
7.2 Direkte Beeinflussung von Politiker:innen	6
7.3 Wissenschaftslobbyismus: Auftragsstudien durch Justus Haucap und Rupert Scholz	7
7.4 Beeinflussung der Medien: FAZ-Artikel von Justus Haucap	8
7.5 Unterstützung und Einfluss durch Axel Springer	9
8 weitere Fallbeispiele	10
8.1 EU-Richtlinie zu den Arbeitsbedingungen bei Plattformen	10
9 Weiterführende Informationen	10
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
11 Einzelnachweise	11

Uber-Gesellschaften und Personen (Auswahl)

Die Muttergesellschaft des Uber-Konzerns ist die Uber Technologies, Inc., mit juristischem Sitz in Delaware /USA und Headquarters in 1515 3rd Street, San Francisco, California 94158. CEO ist Dara Khosrowshahi.

Der europäische Hauptsitz von Uber ist Amsterdam mit der Holdinggesellschaft Uber NL Holdings 1 B.V., 1097DP Amsterdam, Mr. Treuplan 7 (Geschäftsführer: Sebastien Serge Dupont und Angeline Woods). Deren einhundertprozentige Tochtergesellschaften sind u.a.^[3]

- Uber B.V., 1097DP Amsterdam, Mr. Treublaan 7, Geschäftsführer: Sebastien Serge Dupont und Pierre-Dmitri Nicolas Gore-Coty, Cheflobbyistin: Zuzanna Pucikova
- Uber Germany, Köpenicker Straße 126, 10179 Berlin, Geschäftsführer: Sebastian Dupont, Lobbyistin: Lisa Rapport-Moersch
- Uber Switzerland Holding GmbH, Badenerstrasse 565a, 8048 Zürich, Geschäftsführer: Sebastian Dupont

Aktionäre von Uber

Die größten Aktionäre von Uber sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören The Vanguard Group, Inc., Public Investment Fund und Morgan Stanley Investment Management Co. Im Dezember 2015 beteiligte sich der Springer-Konzern mit fünf Millionen Dollar an Uber.^[4]

Public Policy Advisory Board

2016 gründete Uber den Public Policy Advisory Board, dessen Mitglieder [hier](#) abrufbar sind. Prominentes Mitglied und Vorsitzende des Board ist Neelie Kroes, langjährige Vizepräsidentin der EU-Kommission mit Zuständigkeit für die „Digital Agenda for Europe“ und ehem. EU-Kommissarin für Wettbewerb. Für diese Tätigkeit erhielt Kroes jährlich 200.000 US-Dollar.^[5] Im April 2017 wurde Kai Diekmann, bis Ende Januar 2017 Herausgeber der „Bild“-Gruppe beim Springer-Konzern, Mitglied des Beratergremiums.^[6] Eine Uber-Managerin schrieb Ende September 2015: „Ich glaube, Bild ist der schnellste Weg, um zu Merkel zu gelangen... Unser bester Zugang ist Kai Diekmann“.^[7]

Tätigkeitsgebiete

Uber beschreibt seine Aktivitäten wie folgt: „Unsere Technologie hilft uns, vielseitige Plattformen zu entwickeln und zu pflegen, die Kunden, die eine Fahrt benötigen, und unabhängige Anbieter von Fahrdiensten sowie andere Verkehrsmittel, einschließlich öffentlicher Verkehrsmittel, E-Bikes und Roller, zusammenbringen. Wir verbinden auch Kunden mit Restaurants, Lebensmittel- und anderen Händlern, damit sie Gerichte, Lebensmittel und andere Artikel kaufen und verkaufen können. Dann vernetzen wir sie mit unabhängigen Lieferdienstleistern. Außerdem vermittelt Uber auch Spediteure an Transportunternehmen in der Frachtindustrie.“^[8] Bei der Vermittlung von Mietwagen in Deutschland arbeitet Uber ausschließlich mit lizenzierten und IHK-geprüften Mietwagen-Partnern zusammen. Die Vermittlungsprovision beträgt 25 %.^[9]

Vom Gesamtumsatz von Uber in Höhe von 17,46 Mrd. US-Dollar im Jahr 2021 entfielen auf den Bereich Delivery 8,36 Mio. US-Dollar, auf den Bereich Mobility 6,95 Mio. US-Dollar und auf den Bereich Freight 2,13 Mrd. US-Dollar.^[10]

Entwicklung der Uber-Aktivitäten in Deutschland

Ursprünglich vermittelte Uber Privatleute als Fahrer, was nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Dezember 2017 eine Verkehrsdienstleistung ist.^[11] Die Regelung der Bedingungen, unter denen Uber die Vermittlung erlaubt werden kann, sei Sache der Mitgliedstaaten. In

Deutschland bot das Unternehmen bis 2015 das Taxi-Angebot UberPop an, das Nutzer an private Fahrer mit eigenem Auto vermittelte. Im Dezember 2019 untersagte das Landgericht Frankfurt die Fahrdienstvermittlung für Mietwagen durch die Uber App: „Zum einen fehle Uber eine eigene Mietwagenkonzession. Diese sei für die Übermittlung von Fahrten an Mietwagenfahrer im vorliegenden Fall aber notwendig. „Aus der Sicht des Fahrgastes erbringt Uber selbst die Dienstleistung und ist daher Unternehmer im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes“, erklärte die Vorsitzende Richterin. Uber trete nämlich durch seine Werbung gegenüber den Kunden als Anbieter der Beförderungsleistung auf. Außerdem wähle Uber den konkreten Fahrer eigens aus und bestimme den Preis.“^[12] Daraufhin hat Uber Deutschland sein Modell zur Vermittlung von Fahrten in Deutschland geändert.^[13] Mit der Änderung des Personenbeförderungsgesetzes im Jahr 2021 wurde ein Rechtsrahmen für Fahrdienstleister wie Uber geschaffen, nach dem die Ortskundeprüfung auch für die Fahrer von Uber-Taxis entfällt.^[14] Die Uber-Fahrer müssen jedoch nach Ende jeder Fahrt zur Betriebsstätte zurückkehren und können weder unterwegs Passagiere mitnehmen noch Fahrten annehmen. Aktuell (Stand: 07/2022) arbeitet Uber ausschließlich mit staatlich geprüften Mietwagenunternehmen zusammen, die professionelle Fahrer mit einem Personenbeförderungsschein beschäftigen.^[15] Bei den Mietwagenvermittlungsservices (UberX, Green, Premium) kooperiert Uber ausschließlich mit lizenzierten und IHK-geprüften Mietwagen-Partnern. Bei der Vermittlung an ein reguläres Taxi via UberTaxi gelten die Regeln und Tarife des Taxi-Gewerbes. Daneben gibt es ein paar wenige Mietwagen-Fahrer, die als selbständige, lizenzierte Einzelunternehmer unterwegs sind. Für solche Einzelunternehmer hat Uber gemeinsam mit der Axa europaweit ein privates Versicherungspaket entwickelt, das die Fahrer gegen Krankheitsausfälle und Unfälle versichert. Die „dynamischen Preise“ legt Uber unter Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage fest.

Lobbystrategie laut deutschem Lobbyregister und EU Transparenzregister

Im deutschen Lobbyregister sind für die Uber-Gruppe [Uber B.V.](#), [Uber Germany](#) und [Uber Switzerland](#) als Interessenvertreter registriert. Deren Tätigkeit wird wie folgt beschrieben: Fachgespräche mit Mitgliedern des Bundestages und Vertreter:innen der Bundesregierung , Kontaktaufnahme per Mail, Brief etc. - Durchführung von Informations- und Netzwerkveranstaltungen und Versand von Positionspapieren etc.

Angaben im Lobbyregister

Lobbyausgaben im Jahr 2021: Uber Germany GmbH: 110.001 bis 120.000 Euro, Uber B.V., Amsterdam: 100.001 bis 110.000 Euro, Uber Switzerland: 10.001 bis 20.000 Euro

Anzahl der Interessenvertreter (02/2022): Uber Germany GmbH: 1 bis 10, Uber B.V., Amsterdam: 0, Uber Switzerland: 1 bis 10

Mitgliedschaften: Uber Germany GmbH: [American Chamber of Commerce in Germany](#), Chamber of Commerce in Germany, [Atlantik-Brücke](#), [BITKOM](#), Deutsches Verkehrsforum eco Association of the Internet Industry, New Mobility Forum des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Grüner Wirtschaftsdialog, Platform Shared Mobility (PSM)

Angaben im EU Transparenzregister

Lobbyausgaben der Uber B.V., Amsterdam, im Jahr 2020: 700.000 bis 799.999 Euro

Beauftragte Lobby-Agentur im Jahr 2020: [ACUMEN Public Affairs](#)

Anzahl der Interessenvertreter der Uber B.V., Amsterdam (03/2022): 3 (Vollzeitäquivalent: 0,6)

Mitgliedschaften der Uber B.V., Amsterdam: Move EU, Delivery Platforms Europe, Computer and Communications Industry Association, [BusinessEurope](#), MaaS Alliance, ERTICO, SME Connect, CERRE, CEPS, Ambrosetti Club, UITP, AVERE, Reshaping Work

Quelle: ^[16]

Seit 2017 sind auf EU-Ebene die folgenden Lobbyagenturen eingeschaltet worden: Acumen Public Affairs, Aspect, Delany & Co., Euro Navigator Ltd., FIPRA International Limited, Policy Action Ltd. und Technology. ^[17] Außerdem waren die Anwaltssozietäten Covington & Burling LLP und Gide Loyrette Nouel für Uber aktiv.

Die Uber Files

Bei den Uber Files handelt es sich laut Süddeutscher Zeitung (SZ) um mehr als 124 Tsd. Dokumente aus dem Unternehmen Uber, die aus den Jahren 2013 bis 2017 stammen. ^[18] Sie seien dem britischen „Guardian“ zugespielt worden, der sie mit dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) und 42 weiteren internationalen Partnern teilte. In Deutschland hätten sich an der Recherche die SZ, der NDR und der WDR beteiligt. Die Uber Files gewährten einen Einblick in die Strategie der politischen und medialen Vernetzung, mit der das Unternehmen sich auch auf dem europäischen Markt etablieren wollte. Es sei vorrangig darum gegangen, das Personenbeförderungsgesetz im Sinne des Unternehmens zu ändern. Am 11. Juli 2022 enthüllte Mark MacGann, ehemaliger Cheflobbyist von Uber Europe, dass er der Whistleblower war, der dem "Guardian" die Uber-Files zugespielt hat. ^[19]

Seitenwechsler:innen Neelie Kroes und Otto Fricke

Neelie Kroes

Neelie Kroes war von 2010 bis 31. Oktober 2014 EU-Kommissarin für die Digitale Agenda, davor seit 2004 EU-Wettbewerbskommissarin. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung (Bahama-Leaks) war sie von 2000 bis 2009 auch Direktorin der Briefkastenfirma Mint Holdings Limited auf den Bahamas und verschwieg dies. ^[20] Damit verstieß sie gegen den Verhaltenskodex der EU-Kommission, der Mitgliedern jede Nebentätigkeit verbietet. Im Mai 2016, einen Tag nach der für ehemalige EU-Kommissare vorgesehenen „Abkühlphase“ von 18 Monaten, in der sie sich nicht als Lobbyisten in ihrem alten Aufgabengebiet betätigen dürfen, wurde Kroes Mitglied des „Public Policy Advisory Board“ von Uber. ^[21] Diese Tätigkeit wird mit jährlich 200.000 US-Dollar vergütet. ^[22] Ihre Aufnahme in das Uber-Beratergremium ist jedoch schon zu einer Zeit, in der Kroes noch Digitalkommissarin war, eingefädelt worden. So wird in einer internen E-Mail vom September 2014 festgestellt: „We are getting Neelie Kroes to join our advisory board (mega confi [dential])“. ^[23] Bereits vor dem Ende der „Abkühlphase“ war Kroes für Uber aktiv, obwohl ihr Antrag auf eine frühere Betätigung für den Konzern von der EU-Kommission abgelehnt worden war. ^[24] Als gegen Uber in den Niederlanden ermittelt wurde, hat sie im Zusammenhang mit einer Razzia im Jahr 2015 offenbar mehrere Kabinettsmitglieder der niederländischen Regierung angerufen, um die Regulierungsbehörde und die Polizei zum Rückzug zu zwingen. ^[25] Weiterhin hat sie Treffen von Uber-Vertretern mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte sowie zwei Verkehrsministern organisiert. Die Beziehungen zu Uber wurden geheim gehalten: „Unsere Beziehung zu NK ist streng vertraulich und sollte nicht außerhalb dieser Gruppe besprochen werden“ (Uber-E-mail vom April 2015). ^[26] Aufgrund der mit Kroes gemachten Erfahrungen haben Corporate Europe Observatory und LTER-EU die EU-Kommission in einem [Schreiben](#) aufgefordert, die Regeln für den Seitenwechsel von EU-Kommissaren zu überarbeiten.

Otto Fricke

Der FDP-Politiker [Otto Fricke](#) war von 2014 bis Oktober 2017 Partner der [CNC Communications & Network Consulting](#) und dort bis März 2015 für die Lobby-Kampagne von Uber zuständig. In dieser Zeit war er nicht Mitglied des Bundestags. Seine Aufgabe hat vor allem darin bestanden, die Dienstleitungen weiterer Beratungsunternehmen zu strukturieren.^[27] Fricke vermittelte Hintergrundgespräche und Interviews mit Journalisten, nutzte Kontakte zu seinen früheren Abgeordnetenkollegen für Uber und sprach mit weiteren PR-Agenturen Dutzende Politikerinnen und Politikerinnen an, um sie für die Interessen des Konzerns zu gewinnen.^[28] Timo Lange von LobbyControl erklärte zum Seitenwechsel von Fricke: „Otto Fricke ist ein Beispiel dafür, wie frühere Spitzenpolitiker eben nicht in den erlernten Beruf zurückkehren, sondern ihr politisches Netzwerk zahlungskräftigen Kunden zur Verfügung stellen“.^[29]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Direkte Beeinflussung von Politiker:innen

Emmanuel Macron

Gut dokumentierte SMS-Wechsel bezeugen enge Verbindungen zwischen hochrangigen Vertretern des Uber Konzerns und dem heutigen französischen Staatspräsident Emmanuel Macron. Dieser hatte 2015, in seiner damaligen Funktion als Wirtschaftsminister, aktiv daran mitgewirkt Regularien für die Branche zu lockern und Widerstand seitens offizieller Stellen aus dem Weg zu räumen.^[30]

Beispielsweise 2015, als ein Polizeipräfekt der Hafenstadt Marseille eine uber-kritische Verordnung erlies, reagierte Macron auf das Hilfesuch des Uber-Cheflobbyisten Marc McGann mit dem Satz „*Ich werde mir die Sache persönlich anschauen*“. Noch am selben Tag wurde die Verordnung von der Behörde gekippt.^[31] Interne Dokumente suggerieren zudem, dass Macron sich auch im französischen Kabinett für eine Reduzierung der Regulierungen auf Bundesebene eingesetzt hat. So schrieb Macron 2015 an Uber CEO Travis Kalanick, dass der französische Innenminister Bernard Cazeneuve, welcher von Seiten des Konzerns als Pro-Taxi und somit politisches Hindernis eingestuft wurde, Macrons „*Deal akzeptiert*“ hätte und von nun an die Taxi-Industrie ruhig halten würde. Zwischen 2014 und 2016 gab es mehr als in Dutzend weitere geheime Nachrichtenaustausche zwischen Uber und Macron, inklusive vier nachgewiesener Treffen. Auf journalistische Anfragen zu dieser Thematik reagierte die präsidentielle Pressestelle ausweichend mit der Aussage, Präsident Macron hätte Uber lediglich wie auch andere Vertreter der Branche angehört, wenn diese regulatorische Schwierigkeiten hatten. Nichtsdestotrotz sprechen die Beispiele für eine problematische Nähe Macrons zum Konzern. Dieser Verdacht wird zudem durch die Aussage des Uber Cheflobbyisten McGann gestützt, welcher Macron derzeit als „*echten Ally*“ einschätzte.^[32]

Hermann Gref

Die geleakten Dokumente bezeugen auch zu der umstrittenen Persönlichkeit Hermann Gref einen intensiven Austausch. Gref ist ein enger Vertrauter des russischen Präsidenten Vladimir Putin und zudem Vorsitzender Russlands größter Bank, Sberbank. 2015 schlug Uber der Bank vor, ihr Kreditzahlungssystem als präferierte Zahlungsmethode in der russischen App-Version anzubieten, sowie Vorzüge für Mitarbeitende der Bank für die Nutzung der App zu gewähren. Im Gegenzug stellte Gref führende Uber-Mitarbeitende dem Moskauer Bürgermeister persönlich vor und verteilte sogenannte „Loyalitätspunkte“ an seine Mitarbeiter, die es

diesen ermöglichten Uber kostenfrei oder vergünstigt zu nutzen, was dem Konzern allein 2015 20.000 neue Kunden bescherte. 2016 investierte Sberbank zudem mit einem „kleinen aber symbolischen“ Beitrag in Höhe von 5 Millionen US-Dollar in das Unternehmen. Im selben Jahr schrieb Gref an Uber: „Ich stehe in Russland zu ihrer Verfügung, wenn Sie meine Hilfe oder meinen Rat brauchen“. 2017 fusionierte Uber sein russisches Geschäft mit dem dortigen Rivalen Yandex. 2022, mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, verkündete Uber sich von dem Unternehmen distanzieren zu wollen. ^[33]

Joe Biden

2016 pries Joe Biden, damals noch US-Vizepräsident, beim World Economic Forum in Davos Unternehmen wie Uber. Recherchen des ICIJ⁵ zufolge rührte dies von einer Unterredung, die Biden gemeinsam mit Uber CEO Kalanick kurz davor abgehalten hatte. Kalanicks Wahrnehmung der Bedeutung seines Unternehmens zeigt sich dabei in einer entrüsteten SMS an einen Kollegen, in der er Bidens Verspätung mit dem folgenden Wortlaut bemängelte: *„Ich habe ihn von meinen Leuten wissen lassen, dass jede Minute, die er zu spät ist, eine Minute weniger ist, die er mit mir haben wird“*. ^[34]

Benjamin Netanjahu

Ebenfalls in Davos traf sich Kalanick mit dem damaligen israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu. Da Uber zu diesem Zeitpunkt in Israel noch verboten war, ging es in dem Gespräch um eine Liberalisierung der Regularien. Medienberichten zufolge soll Netanjahu infolgedessen seinen Verkehrsminister auf eine Uber-Zulassung angesprochen haben. Israelischen Medien zufolge habe dies im Streit zwischen den beiden geendet. Dennoch wurde Uber 2017 in Israel zugelassen, jedoch wenig später wieder durch einen Gerichtsbeschluss gestoppt. Laut Recherchen des ORF ist das letzte Wort jedoch noch nicht gesprochen. ^[35]

In Summe zeigen die hier exemplarisch aufgeführten Fälle, dass Uber Kontakte in höchste politische Kreise pflegte um sein Geschäftsmodell zu expandieren. Einige der Beispiele zeigen deutlich, dass der direkte Einfluss auf politische Schlüsselakteure geschickt genutzt wurde um ausgewogene Beteiligungsprozesse zu umgehen und somit Übers Ansprüche effektiver durchzusetzen.

Wissenschaftslobbyismus: Auftragsstudien durch Justus Haucap und Rupert Scholz

Justus Haucap

Der Ökonom Justus Haucap ist u.a. Direktor des Düsseldorf Institute for Competition (DICE) und Partner der DICE Consult GmbH, einem Partnerunternehmen von DICE, das Gutachten erstellt. Als Mitglied der Monopolkommission war Haucap Mitverfasser des am 1. Juli 2014 erschienenen Zwanzigsten Hauptgutachtens der Monopolkommission mit dem Titel [Eine Wettbewerbsordnung für die Finanzmärkte](#), das einen Abschnitt „Wettbewerbsdefizite auf Taximärkten“ enthält. Haucap berichtete schon vor der Vereinbarung mit Uber positiv über den Konzern. So erschien bereits am 26. September 2014 sein YouTube-Beitrag „Aufbruch am Taximarkt oder Verbot von Uber?“ in „Wirtschaftspolitik verstehen“, dem gemeinsamen Videoformat der Politikberatungsgesellschaft [ECONWATCH](#), deren Präsident Haucap ist, und der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM). ^[36] Am 27. Oktober 2014 wurde auf der Webseite von [ECONWATCH](#) ein Artikel „Mehr Wettbewerb auf dem Taximarkt zulassen“ veröffentlicht. ^[37] Zu weiteren Informationen wird dort auf den [ECONWATCH-Policy-Brief Taximarkt Oktober 2014](#) verwiesen, in dem die Autoren Susanne Cassel (Vorstandsmitglied von [ECONWATCH](#) und Mitarbeiterin des Bundesministeriums für Wirtschaft) und Tobias Thomas (damaliges Vorstandsmitglieder von [ECONWATCH](#) und Mitarbeiter des [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#)) u.a. freien Marktzutritt durch Abschaffung des

Konzessionssystemen empfehlen. Der „Policy-Brief“ sei entstanden auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings zum 20. Hauptgutachten der Monopolkommission mit Haucap am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Im Oktober 2014 erklärte sich Haucap bereit, gemeinsam mit der DIW Econ GmbH eine Studie zu erstellen, die 44.000 Euro kosten sollte. Eine [Uber](#)-Mitarbeiterin hat in einer E-Mail einen hochrangigen Vorgesetzten darüber informiert, dass man mit den Wissenschaftlern bereits besprochen habe, dass Uber die Studie vor Veröffentlichung prüfen und ändern werde, die Wissenschaftler hätten dies akzeptiert.^[38] Der Vertrag zwischen DICE Consult, DIW Econ und Uber wurde am 19. Dezember 2014 unterzeichnet.^[39] Die Studie, zuvor noch einmal von Uber-Vertretern kritisch beäugt und in Absprache mit Haucap abgeändert, erschien 2015 unter dem Titel "Chancen für die Digitalisierung auf dem Markt für urbane Mobilität".^[40] Die Dice Consult GmbH, deren Partner Haucap ist, erklärte in einer Stellungnahme, die der Studie zugrundeliegenden Berechnungen seien unabhängig und letztlich ergebnisoffen durchgeführt worden.^[41] Es habe lediglich eine „gewisse Konvergenz der wissenschaftlichen Arbeit von Prof. Haucap und den unternehmerischen Interessen von Uber“ gegeben. Uber erklärte laut Süddeutscher Zeitung, es handle sich bei der Arbeit nicht um eine wissenschaftliche Studie, sondern um einen Auftragsbericht, der auch als solcher gekennzeichnet gewesen sei.^[42]

Rupert Scholz

Der ehem. CDU-Politiker und Staatsrechtler Rupert Scholz ist Of Counsel der Anwaltssozietät [Gleiss Lutz](#), die seine Kompetenzen wie folgt beschreibt: „Rupert Scholz ist anerkannter Experte für Verfassungs- und Europarecht, für Wirtschafts- und Arbeitsverfassungsrecht sowie Wirtschaftsverwaltungsrecht. Als ehemaliges Mitglied der Bundesregierung verfügt Rupert Scholz über hervorragende Kontakte in die Politik.“ Zu seinen Mandanten gehörten u.a. E.ON und der deutsche Hotel- und Gaststättenverband. Im Herbst 2014 wurde Scholz damit beauftragt, ein Pro-Uber-Gutachten zu erstellen, das am 15. September 2014 dem Landgericht Frankfurt vorgelegt worden ist.^[43] Laut Süddeutscher Zeitung (SZ) zeigen Dokumente aus den Uber Files, wie das Unternehmen an der ersten Version konkrete Veränderungen im Sinne von Uber vornahm, was Scholz offenbar akzeptierte.^[44] Das Gutachten, das mehrere Tausend Euro gekostet habe, sei in einer Mail eines Uber-Managers als „starke Waffe in unserem juristischen Kampf“ bezeichnet worden. Scholz habe auf eine Anfrage der SZ nicht geantwortet.

Beeinflussung der Medien: FAZ-Artikel von Justus Haucap

Der libertäre Ökonom [Justus Haucap](#) ist in einer Vielzahl von neoliberalen Denkfabriken und wirtschaftsnahen Netzwerken aktiv, zu denen u.a. die [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gehört. Mitglied der Stiftung ist auch der FDP-Politiker [Otto Fricke](#), der als zeitweiliger Partner von [CNC Communications & Network Consulting](#) die Lobbyaktivitäten von Uber koordiniert hat, und Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der FAZ. Philipp Plickert, Wirtschaftsjournalist der FAZ, ist Kuratoriumsmitglied von [ECONWATCH](#), dessen Präsident Haucap ist. Als Gastautor publiziert Haucap seit Jahren regelmäßig in der FAZ. 2014 wurde er sogar Mitglied des Kuratoriums der FAZIT-Stiftung, die die Mehrheit der Anteile an der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH hält, und für die Sicherung der Unabhängigkeit der bei den Tochtergesellschaften der FAZIT-Stiftung erscheinenden Zeitungen sorgt.^[45] Bereits bei der Veröffentlichung früherer Artikel in der FAZ wird Haucap mangelnde Transparenz vorgeworfen. So soll er 2013 in der FAZ behauptet haben: „Die Kosten fahren die Energiewende an die Wand“ - ohne dass seine parallele Kampagnentätigkeit für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) oder sein eigenes Auftragsgutachten für die INSM erwähnt werden.^[46] Im Rahmen eines Auftragsgutachtens für Uber schlug Haucap vor, einen Artikel in der FAZ zu veröffentlichen, der die "positiven Verbrauchereffekte" eines liberalisierten Taximarktes thematisiere.^[47] Hier würden die Kosten bei rund 4.000 Euro liegen. Die entsprechenden Auszüge aus den Uber Files sind [hier](#) abrufbar. Am 6. Dezember 2014 erschien dann ein

Gastbeitrag von Haucap mit dem Titel „Die Taxipreise freigeben“ in der FAZ. Haucap bestreitet, dass sein Uber-freundlicher FAZ-Artikel Gegenstand des Vertrags mit Uber war.^[48] Abgerechnet worden sei vielmehr ein nicht mehr rekonstruierbarer „Newsletter-Artikel“. Das Magazin [Uebermedien](#) fand die Erklärung dürftig: „Möchte ein Auftraggeber wie Uber gar nicht wissen, wofür genau er 4.000 Euro bezahlt hat? Bekommt er keine Belegkopie des „begleitenden Presseartikels“ oder des „Newsletters“? Und: Müssten entsprechende Nachweise nicht allein aus Verpflichtungen gegenüber dem Finanzamt mindestens zehn Jahre aufbewahrt werden? Auf unsere Anfrage zum Thema hat Haucap bis dato nicht reagiert.“^[49] Am 5. August 2022 gab die FAZ bekannt, dass Haucap aus dem Kuratorium der FAZ ausscheidet.^[50] Hintergrund seien Diskussionen um einen Gastbeitrag von Haucap über Uber in der FAZ.

Unterstützung und Einfluss durch Axel Springer

Uber hofft auf Lobbying von Medienhäusern

Im Rahmen von Ubers Lobbystrategie setzten die Berater des Unternehmens auch auf den Einfluss von Medienhäusern wie [Axel Springer](#), [Hubert Burda Media](#) und [ProSiebenSat1](#). Interne Dokumente belegen etwa, dass Uber an Investments interessiert war, mit denen man sich „intelligenten Content“ und „news placements“ versprach. Darüber hinaus ging es Uber darum, politische Einflussmöglichkeiten zu erschließen. Beispielsweise bewerteten Uber-Manager die Vorstandsmitglieder von [ProSiebenSat1](#) nach ihrer „Nützlichkeit“ und ihrem Einfluss in der Politik. Insofern bestand Ubers Ziel in der Vermittlung von Treffen mit hochrangigen Politiker:innen, wobei Ubers Management vor allem den Medienkonzern [Axel Springer](#) im Blick hatte. *BILD* sei „der schnellste Weg, um zu Merkel zu gelangen“ und der damalige Chefredakteur von *BILD*, [Kai Diekmann](#), sei hierbei der „beste Zugang“. ^{[51][52]}

Axel Springer beteiligt sich an Uber

Die Tageszeitung *BILD*, die im Verlag von [Axel Springer](#) erscheint, schätzte man bei Uber damals als „recht Uber-freundlich“ ein. Diekmann selbst wurde von Uber konzernintern als Kommunikations- und Politikchef für den EMEA-Raum (Europa, Naher Osten, Afrika) vorgeschlagen, obwohl dieser nach eigenen Aussagen erst später davon erfahren habe, als er den Uber-Gründer [Travis Kalanick](#) im Winter 2015 kennenlernte. Einen konkreten Management-Posten lehnte Diekmann im Frühjahr 2016 ab. Jedoch kam es schon im Dezember 2015 zu ersten Gesprächen zwischen Uber-Managern und Springer-Verantwortlichen. Springer zeigte sich dabei interessiert an „einem kleinen (d.h. 5 Mio. \$) Media+Cash-for-Equity-Deal“. Bei diesen Deals ist es üblich, dass ein Medienunternehmen für seine Beteiligung kostenfreie Werbeanzeigen für das jeweilige Unternehmen anbietet. ^[53]

Anfang 2016 kam es zu dem Investment, dessen Wert für Uber darin bestand, Unterstützung und Einfluss des Verlags in Berlin und Brüssel zu erlangen. E-Mails belegen, dass Springer-Manager sich engagierten, den Uber-Chef Kalanick mit hochrangigen Politikern in Deutschland zusammen zu bringen: „Bitte teilen Sie uns mit, welche Politiker Travis in dem Zusammenhang treffen möchte (...)“. Hierfür bot sich die Start-Up-Konferenz („NOAH Conference“) an, bei der Springer Ko-Veranstalter war und die damalige Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) zu Gast war. ^{[54][55]}

Kritik an Springers Intransparenz über das Investment in deutschen Springer-Medien

Von der NOAH-Konferenz, welche Anfang 2016 stattfand, wurde in den Medien des Springer-Verlagshauses ausführlich berichtet, weshalb diese vor allem für Uber eine entsprechende Werbewirkung hatten. Diekmann moderierte hierbei ein [Gespräch](#) zwischen [Dieter Zetsche](#) (bis 05/2019 Vorstandsvorsitzender von [Daimler](#)) und Uber-Chef [Travis Kalanick](#).^[56] Auf Springers Uber-Beteiligung wurde in der Berichterstattung jedoch nicht hingewiesen. Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr erst im April 2017 von dem Investment, als Diekmann, der zuvor in die Herausgeberposition bei *BILD* aufgestiegen war, in ein Beratergremium von Uber („Policy Advisory Board“) wechselte.^{[57][58]}

Mit Verweis auf den Pressekodex kritisierte Sascha Borowski (Deutscher Presserat) die Intransparenz von Springers Investment: „Bei Veröffentlichungen, die ein Eigeninteresse des Verlages betreffen, muss dieses erkennbar sein.“ Springer verwies darauf, dass die Organisation und die Programmgestaltung der NOAH-Konferenz in den Händen der Gründer läge und es sich bei dem Investment um eine wirtschaftlich „unbedeutende Finanzbeteiligung“ gehandelt hätte. Wie auch in anderen vergleichbaren Fällen hätte man deshalb auf eine aktive Kommunikation verzichtet. Zudem habe *BILD* auch mehrfach kritisch über Uber berichtet, so heißt es weiter. Dies war etwa der Fall, als Uber aufgrund von Beschwerden über sexuelle Belästigung, Diskriminierung und fehlende Kontrollmechanismen in die [Schlagzeilen](#) geriet. Auf Anfrage entgegnete Diekmann außerdem, dass es im Hinblick auf seine Gespräche und Treffen mit Tech-Unternehmen wie Uber und seinen Aufgaben bei *BILD* keinen Interessenkonflikt gegeben hätte und er seine offizielle Beratertätigkeit bei Uber erst nach Beendigung seiner Tätigkeit bei Axel Springer aufgenommen habe.^{[59][60]}

weitere Fallbeispiele

EU-Richtlinie zu den Arbeitsbedingungen bei Plattformen

Laut Corporate Europe Observatory (CEO) steht der Entwurf der Richtlinie „DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on improving working conditions in platform work“ vom Dezember 2021 im Zentrum der aktuellen Lobbyarbeit.^[61] Die Vorschläge der EU-Kommission zielen darauf ab, den Beschäftigungsstatus von Personen, die Plattformarbeit leisten, anhand einer Reihe klarer Kriterien korrekt zu bestimmen und ihnen dadurch Zugang zu bestehenden Arbeitnehmerrechten und Sozialleistungen, wie Mindestlohn (sofern vorhanden), Tarifverhandlungen, geregelten Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz, bezahltem Urlaub oder besserem Schutz vor Arbeitsunfällen, Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie Altersrenten zu geben.^[62] Noch bevor ein Entwurf einer entsprechenden Richtlinie vorlag, warnte [Delivery Platforms Europe](#), der u.a. Delivery Hero und Uber angehören, unter Berufung auf eine [Studie](#) vom November 2021 davor, dass 16 Tsd. Kuriere ihren Job aufgeben könnten. Dazu erklärte Uber: „Wir befürchten, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet, kleine Unternehmen während der Pandemie lahmlegt und essentielle Dienstleistungen, auf die sich Verbraucher in ganz Europa verlassen, beeinträchtigt.“^[63] Eine [Studie](#) der LobbyControl-Partnerorganisation „Observatoires des Multinationales“ vom Oktober 2022 zeigt, wie digitale Plattformen in Brüssel versuchen, für sie vorgesehene strengere Regeln abzuschwächen.^[64] Bei seiner Lobbyarbeit sei Uber von [BusinessEurope](#), dem Dachverband europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände, dessen Mitglied der Konzern ist, unterstützt worden.

Weiterführende Informationen

- [An ICIJ Investigation THE UBER FILES](#)

- [Über: an EU lobby profile 11.07.2022](#)
- [Investigativprojekt Was man über Uber wissen muss, Süddeutsche Zeitung 10. Juli 2022](#)
- [Annual Report 2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Weltweiter Umsatz von Uber von 2013 bis 2021](#), statista.com, abgerufen am 23.07.2022
2. ↑ [Kurzporträt Uber](#), marketscreener.com, abgerufen am 24.07.2022
3. ↑ [Uber NL Holdings 1 B.V. Annual report 2020](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.07.2022
4. ↑ [Uber Files](#), sueddeutsche.de vom 11.07.2022, abgerufen am 24.07.2022
5. ↑ [Former EU digital chief secretly helped Uber lobby Dutch PM, leak suggests](#), theguardian.com vom 10.07.2022, abgerufen am 24.07.2022
6. ↑ [Kai Diekmann wird Berater von Uber](#), spiegel.de vom 14.04.201, abgerufen am 24.07.2022
7. ↑ [Uber Files](#), sueddeutsche.de vom 11.07.2022, abgerufen am 24.07.2022
8. ↑ [Apps, Produkte und andere Angebote von Uber](#), uber.com/de, abgerufen am 24.07.2022
9. ↑ [Payments and earnings](#), uber.com, abgerufen am 24.07.2022
10. ↑ [Kurzporträt Uber](#), marketscreener.com, abgerufen am 24.07.2022
11. ↑ [Uber ist eine Verkehrsdienstleistung](#), lto.de vom 20.12.2017, abgerufen vom 22.07.2022
12. ↑ [Landgericht Frankfurt am Main untersagt Fahrdienstvermittlung für Mietwagen durch Uber-App, ordentliche-gerichtsbarkeit.hessen.de vom 19.12.2019, abgerufen am 23.07.2022](#)
13. ↑ [Uber schafft für deutsche Kunden mehr Transparenz](#), sueddeutsche.de vom 23.12.2019, abgerufen am 22.07.2022
14. ↑ [Investigativprojekt Was man über Uber wissen muss](#), sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 29.07.2022
15. ↑ [Fakten zu Uber in Deutschland](#), uber.com/de, abgerufen am 23.07.2022
16. ↑ [EU-Transparenzregister](#), ec.europa.eu, abgerufen am 25.07.2022
17. ↑ [Uber: an EU lobby profile](#), corporateeurope.org vom 11.07.2022, abgerufen am 29.07.2022
18. ↑ [Was sind die Uber files?](#), sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 20.08.2022
19. ↑ [The Uber Files: Whistleblower Comes Forward](#), icji.org vom 11.07.2022, abgerufen am 03.09.2022
20. ↑ [Briefkastenfirma: Ex-EU-Kommissarin im Zwielficht](#), sueddeutsche.de vom 22.09.2016, abgerufen am 19.08.2022
21. ↑ [Kroes-ing through the revolving door](#), corporateeurope.org vom 11.07.2022, abgerufen am 19.08.2022
22. ↑ [Former EU digital chief secretly helped Uber lobby Dutch PM, leak suggests](#), theguardian.com vom 10.07.2022, abgerufen am 24.07.2022

23. ↑ Schreiben von Corporate Europe Observatory und ALTER-E vom 11. Juli 2022 an Kommissionspräsidentin von der Leyen, lobbycontrol.de, abgerufen am 19.08.2022
24. ↑ Schreiben von Corporate Europe Observatory und ALTER-E vom 11. Juli 2022 an Kommissionspräsidentin von der Leyen, lobbycontrol.de, abgerufen am 19.08.2022
25. ↑ Mit Wildwest-Methoden auf den deutschen Markt, sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 19.08.2022
26. ↑ Mit Wildwest-Methoden auf den deutschen Markt, sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 19.08.2022
27. ↑ Deutsche Lobbysisten im Dienste eines US-Konzerns, tagesschau.de vom 10.07.2022, abgerufen am 19.08.2022
28. ↑ Mit Wildwest-Methoden auf den deutschen Markt, sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 19.08.2022
29. ↑ Deutsche Lobbysisten im Dienste eines US-Konzerns, tagesschau.de vom 10.07.2022, abgerufen am 19.08.2022
30. ↑ Aggressive Lobby-Arbeit von Uber aufgedeckt, zdf.de vom 10.07.2022, abgerufen am 09.09.2022
31. ↑ As Uber steamrolled into France, Emmanuel Macron was a ‘true ally’ , Washington Post vom 11.07.2022, abgerufen am 09.09.2022
32. ↑ ICIJ - Key People in the Uber files, icij.org, abgerufen am 09.09.2022
33. ↑ ICIJ - Key People in the Uber files, icij.org, abgerufen am 09.09.2022
34. ↑ Aggressives Lobbying in höchsten Kreisen, orf.at vom 10.07.2022, abgerufen am 09.09.2022
35. ↑ Aggressives Lobbying in höchsten Kreisen, orf.at vom 10.07.2022, abgerufen am 09.09.2022
36. ↑ Wirtschaftspolitik verstehen: Aufbruch am Taximarkt oder Verbot von Uber?, youtube.com vom 26.09.2014, abgerufen am 19.07.2022
37. ↑ Themen, econwatch.org, abgerufen am 19.07.2022
38. ↑ Gekaufte Wissenschaft im Sinne des US-Konzerns?, tagesschau.de vom 11.07.2022, abgerufen am 11.07.2022
39. ↑ Haucap auf Twitter, twitter.com vom 12.07.2022, abgerufen am 19.07.2022
40. ↑ Wer schreibt, bleibt, sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022
41. ↑ Wer schreibt, bleibt, sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022
42. ↑ Wer schreibt, bleibt, sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022
43. ↑ Ex-Minister verteidigt Taxi-Schreck Uber, handelsblatt.com vom 15.09.2014, abgerufen am 03.09.2022
44. ↑ Wer schreibt, bleibt, sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 03.09.2022
45. ↑ Haucap scheidet aus Kuratorium der FAZIT-Stiftung aus, faz.net vom 05.08.2022, abgerufen am 02.09.2022
46. ↑ Der umtriebige Ökonom, die FAZ und die Intransparenz, uebermedien.de vom 19.07.2022, abgerufen am 02.09.2022
47. ↑ Gekaufte Wissenschaft im Sinne des US-Konzerns?, tagesschau.de vom 11.07.2022, abgerufen am 20.07.2022
48. ↑ Uber in Erklärungsnot, faz.net vom 11.07.2022, abgerufen am 12.07.2022
49. ↑ Der umtriebige Ökonom, die FAZ und die Intransparenz, uebermedien.de vom 19.07.2022, abgerufen am 19.07.2022
50. ↑ Haucap scheidet aus dem Kuratorium der FAZ aus, faz.de vom 05.08.2022, abgerufen am 08.08.2022
51. ↑ Uber Files: Wie Uber die Nähe zu den Medien suchte sueddeutsche.de, vom 12.07.2022, abgerufen am 14.09.2022

52. ↑ [Über Files: Wie Uber deutsche Medien umwarb](#) tagesschau.de, vom 11.07.2022, abgerufen am 14.09.2022
53. ↑ [Über Files: Wie Uber die Nähe zu den Medien suchte](#) sueddeutsche.de, vom 12.07.2022, abgerufen am 14.09.2022
54. ↑ [Über Files: Wie Uber deutsche Medien umwarb](#) tagesschau.de, vom 11.07.2022, abgerufen am 14.09.2022
55. ↑ [Was Kai Diekmann, Springer und Uber miteinander zu tun haben](#) faz.net, vom 20.04.2017, abgerufen am 14.09.2022
56. ↑ [Was Kai Diekmann, Springer und Uber miteinander zu tun haben](#) faz.net, vom 20.04.2017, abgerufen am 14.09.2022
57. ↑ [Über Files: Wie Uber deutsche Medien umwarb](#) tagesschau.de, vom 11.07.2022, abgerufen am 14.09.2022
58. ↑ [Karriere als Berater: Ex-"Bild"-Chef Diekmann geht zu Uber](#) tagesschau.de, vom 14.04.2017, abgerufen am 14.09.2022
59. ↑ [Über Files: Wie Uber deutsche Medien umwarb](#) tagesschau.de, vom 11.07.2022, abgerufen am 14.09.2022
60. ↑ [Über Files: Wie Uber die Nähe zu den Medien suchte](#) sueddeutsche.de, vom 12.07.2022, abgerufen am 14.09.2022
61. ↑ [Uber: an EU lobby profile](#), corporateeurope.org vom 11.07.2022, abgerufen am 25.07.2022
62. ↑ [Fragen und Antworten: Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit](#), ec.europa.eu vom 09.12.2021, abgerufen am 30.10.2022
63. ↑ [EU verschärft Regeln für Plattformarbeit](#), wiwo.de vom 31.01.2022, abgerufen am 30.10.2022
64. ↑ [Wie Uber, Delivery & Co. neue Regeln für Plattformen verhindern wollen](#), lobbycontrol.de vom 24.10.2022, abgerufen am 30.10.2022

American Chamber of Commerce in Germany

Die **AmCham Germany** (American Chamber of Commerce in Germany) ist eine Lobby-Organisation in Deutschland mit Sitz in Berlin. Sie gehört zur übergeordneten Amerikanischen Handelskammer ([U.S. Chamber of Commerce](#)), einer weltweit tätigen und außergewöhnlich einflussreiche Lobbyorganisation der amerikanischen Wirtschaft. Die deutsche AmCham Germany kann als Zweigstelle gesehen werden, gleichzeitig verwaltet sie sich selbst und firmiert als eingetragener Verein (e.V.). Die Kammer gehörte zu den größten Befürwortern eines Transatlantischen Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU ([TTIP](#)) und betrieb aktive Lobbyarbeit für ein möglichst umfassendes Abkommen. ^[1]

AmCham Germany (American Chamber of Commerce in Germany)



Rechtsf e.V.
orm

Tätigkei Handel und Investitionen
tsbereich
h

Gründu 1903
ngsdatu
m

Hauptsit American Chamber of Commerce in
tz Germany e. V. , Charlottenstr. 42,
10117 Berlin

Lobbyb
üro

Lobbyb
üro EU

Webadr <http://www.amcham.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	14
2 Fallstudien und Kritik	15
3 Organisationsstruktur und Personal	15
3.1 Verbindungen	15
4 Zitate	15
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
6 Einzelnachweise	15

Lobbystrategien und Einfluss

Laut Satzung fördert AmCham Germany die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der amerikanisch-deutschen Partnerschaft stehen. Dabei unterstützt und fördert sie aktiv die Interessen ihrer Mitglieder durch ihr Netzwerk in Wirtschaft, Politik und der AmChams weltweit. Erklärtes Ziel von AmCham Germany sind uneingeschränkter Handel und Investitionen zwischen den USA und Deutschland, als auch allgemein die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern. AmCham Germany vertritt die wirtschaftlichen Interessen von U.S. amerikanischen Firmen, die eine Niederlassung in Deutschland besitzen, sowie die Interessen der deutschen Mitgliedsfirmen, die in den USA aktiv sind. ^[2]

AmCham Germany arbeitet auf mehreren Ebenen zugleich, auf der nationalen in Berlin und über zehn "Regional Chapters" auf der regionalen Ebene. Zusätzlich betreiben die einzelnen Mitglieder über die weiteren Mitgliedschaften in Interessenorganisation als auch auf individueller Basis Lobbyarbeit. Auf nationaler Ebene werden die Politikempfehlungen in den sieben Ausschüssen für Politik ("Policy Committees") diskutiert und formuliert. ^[3] Adressaten sind Entscheidungsträger in Berlin, Brüssel und Washington, DC, die Öffentlichkeit und wichtige Interessengruppen. Zu den Ausschüssen gehören z. B.: Aerospace and Defence Committee, Energy and Climate Committee, Tax Committee und Trade Committee.

Die Lobbyarbeit betreibt AmCham Germany hauptsächlich durch Veröffentlichungen wie z.B. Positionspapiere, aber auch über Veranstaltungen bei denen direkt Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern organisiert wird. Hier ein kleiner Überblick über verschiedene Veranstaltungen alleine zum TTIP:

- Annual Transatlantic Business Conference (Jährliche Wirtschaftskonferenz zusammen mit dem BDI und anderen Verbänden) mit dem Titel „Strategic inspiration and impulses for the economic and political partnership“ in Frankfurt vom 11.- 12.11.2014 zum TTIP ^[4]
- TTIP – WIR MÜSSEN REDEN! (Bürgerdialog mit der Europa-Union)
- AmCham Germany Transatlantic Partnership Award (Galaveranstaltung mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur)

Der Kontaktpflege zwischen AmCham Germany-Ausschussvorsitzenden (chairpersons of policy committees) und Abgeordneten des Deutschen Bundestags dienen die „Parliamentary Breakfasts“. Diese werden von Unternehmen gesponsert. ^[5]

Die Einnahmen von AmCham Germany lagen 2021 bei ca. 2,5 Mio. Euro.^[6]

Fallstudien und Kritik

Bei den Verhandlungen zur EU-Datenschutzverordnung 2013 haben vor allem U.S. amerikanische Unternehmen mit Unterstützung der AmCham Repräsentanzen in Europa wie auch u.a. die AmCham Germany eine offensive Lobbyarbeit gemacht.^[7] AmCham Germany betreibt vor allem ein aktives Lobbying für das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP).^[8] Dies geschieht indirekt durch Publikationen aber auch direkt durch Konsultationen mit Politikern und Beamten aus Bund, Ländern aber auch der EU Institutionen.^[9]

Organisationsstruktur und Personal

AmCham unterhält Büros in Berlin und Frankfurt. Leitungsgremien des Vereins sind der Vorstand ("Executive Committee") und der Verwaltungsrat („Board of Directors“), die [hier](#) abrufbar sind. Sieben Personen werden als Lobbyisten ausgewiesen, die für [Communications & Government Relations](#) zuständig sind.

Am 31.12.2021 hatte AmCham Germany 1.856 Mitglieder, die [hier](#) abrufbar sind.^[10] Es gibt Firmenmitglieder, Einzelmitglieder, von Firmenmitgliedern delegierte Mitglieder und Ehrenmitglieder aus den USA und Deutschland.

Verbindungen

AmCham Germany gehört zur übergeordneten [U.S. Chamber of Commerce](#) (US-Handelskammer), die Lobbyarbeit für die amerikanischen Unternehmen auf der ganzen Welt betreibt. Mit 59,6 Mio. \$ Dollar hatte sie 2022 die höchsten Lobbying-Ausgaben der Welt.^[11] AmCham Germany ist auch Mitglied des Netzwerks [AmCham EU](#), über das sie Kontakte zu anderen europäischen AmChams unterhält.

Zitate

„The most effective lobbying force in town is commonly considered to be the EU Committee of the American Chamber of Commerce.“^[12]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [AmCham Germany Website Public Affairs](#), zugriff 27.11.2014
2. ↑ [AmCham Germany Website History](#) , zugriff 27.11.2014
3. ↑ [Policy Committee Overview 2022](#), amcham.de, abgerufen am 14.01.2023
4. ↑ [Annual Transatlantic Business Conference Event archive](#), gaccny.com, abgerufen am 05.12.2016
5. ↑ [Annual Report 2022](#), amcham.de, abgerufen am 14.01.2023

6. ↑ [American Chamber of Commerce in Germany, Gewinn- und Verlustrechnung](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 13.01.2023
7. ↑ [LobbyControl Blog](#) , zugriff 27.11.2014
8. ↑ [AmCham Germany The Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) , zugriff 27.11.2014
9. ↑ [AmCham Germany The Transatlantic Trade and Investment Partnership - Meetings](#) , zugriff 27.11.2014
10. ↑ [American Chamber of Commerce in Germany](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 13.01.2023
11. ↑ [Top Spenders](#), opensecrets.org, abgerufen am 13.01.2023
12. ↑ [The Economist The Brussels lobbyist and the struggle for ear-time](#), zugriff 27.11.2014

Atlantik-Brücke

Die **Atlantik-Brücke** ist ein Verein, dem führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, den Streitkräften, der Wissenschaft, den Medien und der Kultur angehören, die über das gemeinsame Netzwerk gesellschaftspolitischen Einfluss nehmen und Kontakte pflegen. Neben Entscheidungsträgern aus diesen Bereichen, die bei der Atlantik-Brücke einen Rahmen für vertrauliche Gespräche finden, gehören zu dem Verband aber auch Nachwuchsführungskräfte, die auf den „Young Leaders“-Konferenzen Netzwerke schmieden.^[1] Unter den Mitgliedern spielen Spitzenmanager und diesen nahestehende Politiker eine herausragende Rolle. Der Vorsitzende, Bundesminister a.D. [Sigmar Gabriel](#), ist ein mit der Wirtschaftslobby bestens vernetzter ehem. hochrangiger SPD-Politiker. Bis 2019 hielt [Friedrich Merz](#) diese Stelle inne.

Atlantik-Brücke e.V.

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich

Gründungsdatum 1952

Hauptsitz Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse atlantik-bruecke.org

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. **Dankeschön!**



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	17
1.1 Netzwerk der Mitglieder	17
1.2 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	17
2 Fallstudien und Kritik	18
3 Organisationsstruktur und Personal	18
3.1 Geschäftsführender Vorstand	18
3.2 Stiftung Atlantik-Brücke	18
3.3 International Advisory Council	20
3.4 Netzwerk der Alumni (Global Bridges)	21
4 Kurzdarstellung und Geschichte	21
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
6 Einzelnachweise	21

Einflussnahme und Lobbystrategien

Zu den Aktivitäten der Atlantik-Brücke gehören Konferenzen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Studienreisen, Preisverleihungen und das Young-Leaders-Programm.

- Mit der Schwesterorganisation **American Council on Germany** (ACG) führt die Atlantik-Brücke jährlich Deutsch-Amerikanische Konferenzen durch.^[2] Seit 2005 veranstalten die beiden Organisationen jeweils ihre eigenen Young Leaders-Konferenzen.
- Mit Institutionen wie der **Münchener Sicherheitskonferenz** oder der **American Chamber of Commerce in Germany** gibt es strategische Kooperationen.^[3]
- Mit dem Oberkommando der US-Armee in Europa **U.S. European Command** wird seit 1990 jährlich ein Expertengespräch in Berlin geführt.

Netzwerk der Mitglieder

Die rund **500 Mitglieder** der Atlantik-Brücke kommen überwiegend aus der Wirtschaft. Nach der bei Wikipedia veröffentlichten **Liste von Mitgliedern** waren 2010 über die Hälfte der Mitglieder in der Wirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte der Dax-30-Unternehmen sind Mitglieder.^[4] Die nächst größten Berufsgruppen sind die freien Berufe, Politiker*innen und Medienvertreter*innen.

Die Mitgliederzahl ist beschränkt, um die Exklusivität des Vereins zu wahren. Laut § 4 der Satzung wird die Mitgliedschaft durch Wahl durch den Vorstand (sog. Kooptation) erworben.^[5]

Im Mai 2015 entbrannte ein Streit in der **Linkspartei** um die Mitgliedschaft des Bundestagsabgeordneten **Stefan Liebich**. Mitglieder forderten die Rückgabe des Bundestagsmandats aufgrund der Mitgliedschaft Liebichs im Verein, der aus den Reihen der Linkspartei kritisiert wird.^[6]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

2010 gründeten Mitglieder der Atlantik-Brücke den Verein "Atlantik Forum", um das weltweite Netzwerk der 2000 Teilnehmer von Young Leaders-Konferenzen, die sog. Young-Leaders Alumni, besser managen zu können.^[7] In das Netzwerk aufgenommen wird nur, wer zwischen 28 und 35 Jahre alt ist und es beruflich schon zu etwas gebracht hat.^[8] Wer einmal als Young Leader aufgenommen wurde, bleibt es sein Leben lang. Im Juli 2012 wurde der Verein in Global Bridges e.V. umbenannt. In diesem Netzwerk sind nicht nur Young Leaders-Alumni Mitglieder, sondern auch einflussreiche Persönlichkeiten aus dem transatlantischen Raum sowie Asien (insbesondere China) und Osteuropa. Zu den Alumni gehören u.a. Bundesbankpräsident **Jens Weidmann**^[9], der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, **Mathias Döpfner**^[10], Bundesinnenminister **Thomas de Maizière**^[11], Staatsminister a. D. und Daimler-Lobbyist **Eckart von Klaeden**^[12], die CDU-Politikerin **Julia Klöckner**^[13] und der Grünen-Politiker **Cem Özdemir**^{[14][15][16]} Es ist geplant, Global Bridges nach Indien, Lateinamerika und Südafrika zu erweitern.

Fallstudien und Kritik

- Die Atlantik-Brücke ist ein entschiedener Befürworter des Freihandelsabkommens [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP)^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführender Vorstand

Stiftung Atlantik-Brücke

Es existiert ebenfalls eine Stiftung des gleichen Namens, welche über eigene Gremien verfügt.

Fu

nkt Name

ion

Verbindungen

Vor

sitz

en

der

[Sigmar Gabriel](#)

- ehem. Vizekanzler und SPD-Bundesvorsitzender
- [Trilaterale Kommission](#) und [European Council on Foreign Relations](#), Mitglied
- [Deutsche Bank](#), Aufsichtsrat
- *International Crisis Group*, Kuratoriumsmitglied
- [Deloitte](#), Beiratsmitglied
- *Eurasia Group*, Politikberater
- Autor für die *Holtzbrinck-Medien* *Handelsblatt*, *Der Tagesspiegel*, *Die Zeit*

Ste
llv.
Vor
sitz
en
der

Michael Hüther

- Institut der deutschen Wirtschaft
Köln, Direktor

Ste
llv.
Vor
sitz
en
der

Norbert Röttgen

- CDU, Mitglied des Bundestages
- ehem. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2009 - 2012)

Sc
hat
zm
eis
teri
n
Ge
sch
äft
sfü
hre
rin

Ute Wolf

- Finanzvorstand, Evonik Industries, Essen

Julia Friedlander

Weitere Vorstandsmitglieder u.a. Angelika Gifford, Meta, Tina Hassel, ARD-Hauptstadtstudio, Metin Hakverdi, MdB (SPD), Wolfgang Ischinger, Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Eveline Metzen, Google, James von Moltke, Deutsche Bank, Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Julie Linn Teigland, Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, atlantik-bruecke gremien [\[1\]](#)

Vorstand der Stiftung Atlantik-Brücke

Vorsitzender

Andreas
Dombret

Deutsche Bundesbank, ehem. Mitglied des Vorstands

Stellv. Vorsitzender

Christian
Lange

SPD-Politiker, ehem. Parlamentarischer Staatssekretär

Stellv. Vorsitzende

Christine C.
Graeff

Mitglied der Geschäftsleitung der Credit Suisse Group

Kuratorium der Stiftung

Vorstand der Stiftung

Atlantik-Brücke

Atlantik-Brücke

Vorsitzender	Jürgen Großmann	Alleingesellschafter der Georgsmarienhütte Holding
Stellv. Vorsitzender	Arend Oetker	- Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) - Konzernchef der Dr. Arend Oetker Holding GmbH
	Roland Berger	- Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) - Honorary Chairman der Roland Berger GmbH
	Jürgen H. Conzelmann	Haus & Grund Frankfurt am Main, CEO
	Jürgen R. Großmann	- ehem. Vorstandsvorsitzender der RWE - RAG-Stiftung, Vorsitzender des Kuratoriums
	Axel Hörger	Lombard International Assurance S.A., Luxemburg, Vorsitzender des Vorstands
	Hans-Ulrich Klose	- ehem. Bürgermeister von Hamburg (SPD) Atlantische Initiative, Mitglied des Beirats
	Thomas Rodermann	Quintet Private Bank (Muttergesellschaft von Merck Finck), Vorstandsmitglied
	Lutz Raettig	Morgan Stanley , Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Peter Wittig	- ehem. Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, DC - Schaeffler AG, Senior Advisor Global Affairs

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

(Stand: August 2022) Quelle: ^[18]

International Advisory Council

- Ferdinando Becalli-Falco, GE International, Brüssel
- Michael Behrendt, Hapag-Lloyd, Hamburg
- [Roland Berger](#), Roland Berger Strategy Consultants, München
- Günter Blobel, Rockefeller University, New York, NY
- John E. Bryson, USA, Edison International, Rosemead, CA
- James L. Jones (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als National Security Advisor)
- Frederick Kempe, Präsident und CEO des [Atlantic Council](#) of the United States, Washington, DC

- Willem Mesdag, Red Mountain Capital Partners LLC, Los Angeles, CA
- Philip D. Murphy (Mitgliedschaft ruht während seiner Amtszeit als Botschafter der USA in Deutschland)
- **Arend Oetker**, Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG, Berlin
- Ekkehard D. Schulz, ThyssenKrupp AG, Düsseldorf
- Rupert Stadler, Audi AG, Ingolstadt
- Ulrich Steger, Professor Emeritus, IMD International, Lausanne, Schweiz
- Ratan N. Tata, Tata Sons Limited, Mumbai
- Werner Wenning, **Bayer** AG, Leverkusen

(Stand: Januar 2013/ ab 2016 waren die Mitglieder auf der eigenen Webseite nicht mehr abrufbar) Quelle:
[19]

Netzwerk der Alumni (Global Bridges)

Der Vorstand besteht aus

- Hans Albrecht, Chairman, Geschäftsführer Nordwind Capital
- Beate Lindemann, Executive Vice-Chairman
- **Michael Vassiliadis**, Vice-Chairman, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums der RAG-Stiftung
- Herbert Palmberger, Schatzmeister, Partner von Heuking Kühn Luer Wotjekx

(Stand: April 2020) Quelle: [20]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Atlantik-Brücke wurde 1952 von den beiden Bankiers Eric Warburg und Gotthard von Falkenhausen, den Zeit-Journalisten Marion Gräfin Dönhoff und Ernst Friedländer sowie den Unternehmern Eric Blumenfeld und Hans-Karl von Borries gegründet. [21] Als Schwesterorganisation wurde der **American Council on Germany** (ACG) ins Leben gerufen. Atlantik-Brücke und ACG gründeten 1973 gemeinsam das "Young Leaders-Programm". [22]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Über uns, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 18. 04. 2020
2. ↑ Deutsch-Amerikanische Konferenz 2014, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 14.04.2020
3. ↑ Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn, Webseite Atlantik-Brücke, archiviert auf www.archive.org, abgerufen am 23.04.2020
4. ↑ Interview mit Friedrich Merz: Zwischen Tradition und Neubeginn, Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
5. ↑ Satzung gemäß Beschluss vom 20.01.2010, Webseite Wikipedia, abgerufen am 23.04.2020

6. ↑ [Gysi stellt sich vor Liebich](#), Neues Deutschland, 9. Mai 2015, zuletzt aufgerufen am 23.04.2020
7. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
8. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
9. ↑ [Serie Tickets zur Macht IV Wo die junge Elite zusammenkommt](#), Wirtschaftswoche online 30.03.2013, abgerufen am 23.04.2020
10. ↑ [Mächtige Allianz](#), manager magazin online 21.03.2003, abgerufen am 20.10.2016
11. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
12. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
13. ↑ [Jahresbericht Atlantik-Brücke Juni 2009 bis Juni 2010](#), 2) Begegnungs- und Austauschprogramme „Young Leaders“, atlantik-bruecke.org, abgerufen am 18.10.2016
14. ↑ [Atlantik-Brücke's Young Leaders Program Some Prominent Young Leaders Alumni](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
15. ↑ [Atlantik Forum e.V. in: Jahresbericht Juni 2010 bis Juni 2011](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 23.04.2020
16. ↑ [American-German Young Leaders Conference The 2011 Young Leaders Delegation](#), acgusa.org, abgerufen am 23.04.2020
17. ↑ [Burkhard Schwenker: Warum wir TTIP jetzt brauchen](#), Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 23.04.2020
18. ↑ [Gremien der Stiftung Atlantik-Brücke](#) Webseite Atlantik-Brücke, abgerufen am 30.08.2022
19. ↑ [Webseite Atlantik-Brücke - International Advisory Council](#) abgerufen am 24.04.2020
20. ↑ [About Global Bridges e.V., Webseite Global Bridges](#), abgerufen am 23.04.2020
21. ↑ [Jahresbericht 2012](#), atlantik-bruecke.org, abgerufen am 20.10.2016
22. ↑ [American-German Young Leaders Conference](#), Webseite American Council on Germany, abgerufen am 10.12.2015

BITKOM

BITKOM ist der Digitalverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche. Er unterhält seit seiner Entstehung gute Beziehungen sowohl zum [Bundeswirtschaftsministerium](#) als auch direkt ins [Bundeskanzleramt](#).

**Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und Neue Medien
(BITKOM)**

Branche	IT & Kommunikation
Hauptsitz	Albrechtstraße 10 10117, Berlin
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.bitkom.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Kritik	23
1.1 Nationaler IT-Gipfel	23
1.2 Verein Selbstregulierung und Informationswirtschaft	23

2 Organisationsstruktur und Finanzen	23
2.1 Präsidium und Geschäftsführung	24
3 Kurzdarstellung und Geschichte	24
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
5 Einzelnachweise	24

Lobbystrategien und Kritik

Nationaler IT-Gipfel

Auf dem jährlich stattfindenden Nationalen IT-Gipfel kommen Vertreter der deutschen IT-Industrie regelmäßig mit SpitzenpolitikerInnen zusammen und diskutieren mit ihnen die politischen Weichenstellungen für die Branche. Der IT-Gipfel wird federführend vom Wirtschaftsministerium organisiert, allerdings in enger Absprache mit der Bitkom. So tritt beispielsweise, wie bereits in den Jahren zuvor, Bitkom-Präsident Thorsten Dirks gemeinsam in einer Veranstaltungsreihe mit Angela Merkel auf. ^[1] Insgesamt wird der IT-Gipfel jeher von Unternehmensvertretern dominiert, während Vertretern der Zivilgesellschaft kaum ein Platz zur Präsentation ihrer Anliegen eingeräumt wird.

Auch außerhalb des eigentlichen Gipfels arbeiten Bitkom und die Bundesregierung Hand in Hand: Gemeinsam mit Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel leitet Verbandspräsident Thorsten Dirks die Arbeitsgruppe "Digitale Wirtschaft und digitales Arbeiten". Deren Aufgabe ist es, zentrale Handlungsfelder und konkrete wirtschaftliche Projekte auszuarbeiten. ^[2]

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE im September 2016 zu Beziehungen von führenden Telekommunikationsunternehmen zur Bundesregierung, antwortete Letztere zwar mit einer langen Liste von offiziellen Treffen mit VertreterInnen der Bitkom und der Deutschen Telekom. ^[3] Die Plattform Netzpolitik.org kritisiert, dass es eine große Dunkelziffer an Lobby-Gesprächen gäbe, denn Zusammentreffen der Unternehmer mit PolitikerInnen am Rande von Festen, Veranstaltungen und sonstigen Anlässen würden nicht registriert. ^[4]

Verein Selbstregulierung und Informationswirtschaft

Um sich in die Diskussion um die europäische Datenschutzrichtlinie einzubringen, gründete Bitkom im Jahr 2011 gemeinsam mit IT-Unternehmen den Verein **Selbstregulierung Informationswirtschaft** (SRIW). Dieser habe nach eigenen Angaben das Ziel, den Verbraucherschutz unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzes zu fördern. Somit soll das „Vertrauen der Nutzer in digitale Produkte und Dienste verbessert und erhalten“ werden. ^[5] Entgegen dieser Behauptung strebt der Verein jedoch danach, ein Recht auf Selbstregulierung innerhalb der Branche durchzusetzen, um letztlich mehr gesetzlichen Datenschutz verhindern zu können. ^[6]

Organisationsstruktur und Finanzen

Bitkom vertritt mehr als 2.400 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon 1.600 Direktmitglieder. Sie erzielen mit 700.000 Beschäftigten jährlich Inlandsumsätze von 140 Mrd. € und stehen für Exporte von weiteren 50 Mrd. €. 79% der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, darunter die **Telekom AG** und **Siemens**, weitere 9% kommen aus Europa. ^[7]

Präsidium und Geschäftsführung

- **Thorsten Dirks** (Präsident Bitkom e.V.): CEO und Vorstandsvorsitzender bei **Telefónica Deutschland** Holding AG, bis 2014 Vorsitzender der Geschäftsführung der **E-Plus** Gruppe, die heute Teil von Telefónica Deutschland ist
- **Bernhard Rohleder** (Hauptgeschäftsführer und Mitgründer Bitkom e.V.): Mitglied des Beirats des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (Divisi), Vertreter der IT-Branche im **Bundesverband der Deutschen Industrie** (BDI, Mitglied der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages "Internet und digitale Gesellschaft (17. Legislaturperiode)

Quellen: ^[8]^[9]

Kurzdarstellung und Geschichte

BITKOM entstand 1999 durch die Verschmelzung verschiedener Verbände der Informationstechnik zu einer gemeinsamen Interessenorganisation. Diese vereint derzeit mehr als 2.400 Unternehmen der digitalen Wirtschaft in sich, darunter Global Player der IT-Branche wie etwa **Google**, **Microsoft**, **Siemens** und **IBM**.^[10] 2017 erhielt BITKOM den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. erhielt BITKOM den Preis wegen seiner zu unkritischen Positionierung zu Big Data sowie wegen ihrer Lobbyarbeit entgegen der Datensicherheit.^[11]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Nationaler IT-Gipfel 2016: Programm](#), abgerufen am 09.11.2016
2. ↑ [Arbeitsorganisation IT-Gipfel](#), abgerufen am 10.11.2016
3. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 13.09.2016](#), abgerufen am 09.11.2016
4. ↑ [Netzpolitik.org/Auflistung Beziehungen](#), abgerufen am 10.11.2016
5. ↑ [Der SRIW: Ziele und Aufgaben](#), abgerufen am 10.11.2016
6. ↑ [Kritik von Netzpolitik.org am SRIW](#), abgerufen am 11.11.2016
7. ↑ [Die Bitkom-Gruppe](#), abgerufen am 10.11.2016
8. ↑ [Bitkom Präsidium](#), abgerufen am 10.11.2016
9. ↑ [Bitkom Geschäftsführung](#), abgerufen am 10.11.2016
10. ↑ [Bitkom/Über-uns](#), abgerufen am 09.11.2016
11. ↑ [bigbrotherawards.de](#) Preisträger 2017 BITKOM

Businesseurope

BusinessEurope

BusinessEurope ist der Dachverband europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände mit Sitz in Brüssel. 2021 hatte er 40 Mitgliedsverbände aus 35 europäischen Ländern. Deutsche Mitglieder sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). In der EU zählt der Verband zu den größten und einflussreichsten Lobbyorganisationen mit besten Kontakten zur EU-Kommission, dem EU-Parlament, dem Europäischen Rat und den Mitgliedstaaten. Für das Geschäftsjahr 2021 gab BusinessEurope an, sich 402 mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen zu haben ^[1], womit der Verband nach Angaben von [lobbyfacts.eu](#) den ersten Platz unter den gelisteten Organisationen belegte. Der große Einfluss, den BusinessEurope in den [Arbeitsgruppen des Europäischen Rats](#), hat, ist von Corporate Europe eingehend untersucht worden. ^[2] Von besonderer Bedeutung ist danach die Mitwirkung in der [Working Party on Competitiveness and Growth](#).

BusinessEurope betreibt intensive Lobbyarbeit, unter anderem bei der Aufweichung konkreter EU Klimaziele. Die Denkfabrik Influence Map kommt in einer Bewertung der Lobbyaktivitäten zur EU-Klimapolitik zu folgendem Ergebnis: BusinessEurope hat die Klimapolitik-Bestrebungen der EU seit 2015 überwiegend abgelehnt und scheint - trotz einer zunehmend positiven Kommunikation des „energy mix“ 2020-21 - weiterhin gegen verschiedene Aspekte der anspruchsvolleren Klimapolitik zu lobbyieren, die als „EU Green Deal“ und „Fit for 55 package“ vorgeschlagen wird. ^[3] Ein weiterer Schwerpunkt der Lobbyaktivitäten besteht in der Durchsetzung regulatorischer Kooperation in der Handelspolitik.

BusinessEurope

Rechtsform internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.)

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der europäischen Wirtschaft

Gründungsdatum März 1958, 2007 umbenannt in BusinessEurope, the confederation of European business

Hauptsitz Av. de Cortenbergh 168, 1000 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse [businesseurope.eu](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	26
2 Lobbystrategien und Einfluss	26
2.1 Lobbyisten	26
2.2 EU-Expertengruppen	27
2.3 Seitenwechsel	27
2.4 European Business Summit	27
2.5 BusinessEurope Day	28
3 Fallstudien und Kritik	28
3.1 2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz	28
3.2 2013-2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA	29
3.3 2012-2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	30
3.4 2010-2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik	31
3.5 2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister	32
3.6 2009-2018: Better Regulation	32
4 Organisationsstruktur und Personal	33
4.1 Verbindungen	33
5 Finanzen	34
6 Geschichte	34
7 Weiterführende Informationen	34
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	34

Aktivitäten

Laut Selbstdarstellung repräsentiert BusinessEurope in Brüssel die politischen Interessen von 20 Millionen Mitgliedsunternehmen aus 35 Staaten. Als Hauptaufgabe versteht BusinessEurope die Verteidigung dieser Interessen gegenüber den europäischen Institutionen, und als Hauptziel die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im internationalen Vergleich.^[4] Dies soll vor allem durch eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung in den Bereichen Arbeit und Soziales sowie Umwelt und Klima erfolgen. Auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer sind von zentraler Bedeutung. Übergeordnetes Ziel der Arbeit von BusinessEurope ist ein beständiges ökonomisches Wachstum innerhalb der EU.

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

BusinessEurope pflegt auf höchster Ebene Kontakte zu Institutionen, die in der EU an der Ausarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung von Gesetzen, Richtlinien, und anderen Regularien beteiligt sind, insbesondere zur EU-Kommission.^[5] Während des Gesetzgebungsprozesses nehmen LobbyistInnen von BusinessEurope sowohl auf die strategische Ausrichtung als auch auf die konkrete Ausgestaltung durch persönliche Treffen und Policy Papers Einfluss. Weil letztere in regelmäßigen Abständen in sehr ähnlich klingende, offizielle EU-Positionen münden, gilt Business Europe als eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen in Brüssel^[6]

Ein 2018 geleaktes internes Dokument von BusinessEurope zeigt, mit welchen fragwürdigen Methoden der Verband gegen eine Verschärfung der Klimaziele der EU vorgehen wollte.^[7] Option 1: Positives Verhalten, so lange das Vorhaben keinerlei Auswirkungen auf die Industrie hat. Option 2: Man könne sich gegen den Vorschlag stellen, „unter Gebrauch der üblichen Argumente eines globalen Spielfelds, wir können nicht für andere kompensieren etc.“ Option 3: „challenge the process“: Die Industrie könnte den Prozess infrage stellen, etwa indem sie anzweifelt, dass die Klimaziele fair und transparent berechnet wurden. Oder sie könnte fragen, ob die Folgen ausreichend abgeschätzt wurden oder neue Risiken drohen.

Lobbyisten

Im [Transparenzregister EU](#) hat BusinessEurope 30 Vollzeit-Lobbyisten registriert, von denen 25 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des [EU-Parlaments](#) akkreditiert sind.^[8] (Stand: Juli 2023)

EU-Expertengruppen

BusinessEurope gehört 39 [Expertengruppen der EU-Kommission](#) an. Unter anderem ist der Dachverband in der "Commission's Expert Group on Sustainable Consumption and Production" und der "Consumer Policy Advisory Group" vertreten.^[8]

Seitenwechsel

- [Marten Westrup](#) arbeitete bis September 2010 für die *Generaldirektion Unternehmen und Industrie* in der [EU-Kommission](#) und nahm anschließend einen Beraterjob bei BusinessEurope an, um den Arbeitgeberverband in Klimafragen zu beraten. 2011 wechselte er zurück in die EU-Kommission zur *Generaldirektion Energie*. Die Kommission erteilte für diesen Wechsel eine Ausnahmegenehmigung.
- [Eoin O'Malley](#) arbeitete vier Jahre lang als "Senior Advisor on International Relations" für BusinessEurope. Im Juni 2010 wechselte er zur EU-Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und später zur EU-Generaldirektion Handel, wo er Teil des Strategie-Teams ist. Die Kommission weigerte sich erarbeitete Dokumente oder Reden von O'Malley zu veröffentlichen. Nach einer Konferenz im März 2015 zu den Auswirkungen von TTIP auf Malta wurde er auf Twitter zitiert: "Die EU-Kommission braucht Input und Teilnahme der Unternehmen in der Debatte. Die Menschen müssen wissen, was die ökonomischen Vorteile sind." (Übersetzung des Verfassers)^[9]

European Business Summit

[European Business Summit](#) (EBS) ist eine Organisation, die Konferenzen ausrichtet, bei denen UnternehmensvertreterInnen auf hochrangige EU-Politiker treffen. Hauptveranstaltung ist das gleichnamige, jährlich stattfindende Gipfeltreffen. BusinessEurope und die [Federation of Enterprises in Belgium](#) (FEB) sind die Initiatoren. Die Veranstaltung steht außerdem unter der Schirmherrschaft des belgischen Königs.^[10] Zu den SprecherInnen im Jahre 2018 gehörten beispielsweise Frans Timmermans (Kommissionsvizepräsident) und Cecilia Malmström (EU-Handelskommissarin) sowie zahlreiche VertreterInnen von Unternehmen (u.a. Coca-Cola, Statoil, BASF) und Verbänden (u.a. BusinessEurope selbst, FuelsEurope, [European Chemical Industry Council](#)). Der European Business Summit vermittelt zwar das Bild eines Kongresses, in dem sich zwei Welten begegnen – Politik und Wirtschaft. In der Realität sind die Beziehungen zwischen den Akteuren allerdings weitaus verschwommener. Häufig sind die UnternehmensvertreterInnen schon zuvor als politische Einflussnehmer in Erscheinung getreten^[11]. Neben dem Jahrestreffen organisiert EBS noch weitere spezifische Netzwerkveranstaltungen, bei denen EU- und RegierungsvertreterInnen auf IndustrievertreterInnen treffen – so zum Beispiel der European Defence Industry Summit, eine Konferenz zur Rüstungsindustrie oder Think Digital, eine Plattform zum digitalen Binnenmarkt. Dazu kommt die ebenfalls jährliche, exklusive Nachfolgeveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum Back From Davos^[12].

BusinessEurope Day

Der **BusinessEurope Day** findet seit 2014 jährlich statt. Das selbsterklärte Ziel besteht darin, eine ausgesuchte Gruppe an Führungspersonen aus Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern zusammenzubringen, um über bestimmte, die Wirtschaft betreffende Politikfelder zu diskutieren. 2014 stand die Frage nach der Bedeutung der Industrie in Fokus, 2015 der neue Investitionsplan der EU, 2016 die Leistungsfähigkeit Europas, 2018 die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft. Am 5. März 2020 fand der BusinessEurope Day zum fünften Mal statt mit dem Themenschwerpunkt "Prosperity, People, Planet". Zu den Sprechern aus der Politik gehörten unter anderem:

- Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission
- Valdis Dombrovskis, Geschäftsführender Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Handel
- Maros Sefcovic, Vizepräsident der EU-Kommission EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau
- Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt
- Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft
- Kadrid Simson, EU-Kommissarin für Energie
- Dita Charanzova, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments^[13]

Fallstudien und Kritik

2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz

Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte BusinessEurope vielschichtige Lobbyarbeit gegen weitreichende gesetzliche Maßnahmen betrieben. Wie der Bericht „Fein Raus“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe und der European Coalition for Corporate Justice zeigt, war BusinessEurope von Beginn an ein prominenter Gegner des Lieferkettengesetzes.^[14]

Ihre ablehnende Haltung machten sie in Schreiben an für das Gesetz zentrale europäische Institutionen und Personen, aber auch in direkten Treffen mit Politiker:innen deutlich. In einem Treffen mit der zuständigen Generaldirektion für Justiz forderte der Verband z.B. dass die Anforderungen an eine Erfüllung der Sorgfaltspflicht *„auf die Mittel beschränkt sein und sich nicht auf die Resultate erstrecken sollten“*^[14] Das bedeutete, die Unternehmen sollten lediglich auf einen Prozess der Sorgfaltsprüfung verpflichtet werden, unabhängig davon ob dadurch schädliche Folgen verhindert würden. Dieses Vorhaben wurde von Menschenrechtsorganisationen klar zurückgewiesen.^[14] Knapp vor der Abstimmung des Berichtsentwurfs im Europäischen Parlament schrieb der Verband an den zuständigen Rechtsausschuss, dass die geplanten Maßnahmen *„haltlosen Vorwürfen und missbräuchlichen Klagen Tür und Tor öffnen“* würden.^[15]

Anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft 2021 schrieb der BusinessEurope wiederum an den französischen Präsidenten **Macron**. Der Verband forderte Macron auf, die Führungsrolle Frankreichs im Rat der europäischen Union zu nutzen, um unternehmerfreundliche Politik zu machen. Im Kontext des geplanten Lieferkettengesetzes, bedeutete dies weniger strenge Regularien festzulegen.^[16]

Ein Jahr später, kurz vor der Veröffentlichung des Gesetzesaufschlags der Europäischen Kommission zu einem Lieferkettengesetz (Ende Februar 2022) hatte sich der Verband in einem direkten Brief an Kommissionspräsidentin [Ursula von der Leyen](#) gewandt. In diesem Schreiben forderte er einen Ansatz, der weniger weitreichend als die zuvor vom Europäischen Parlament geforderten Maßnahmen ginge. So warnte der Verband, dass zu strenge Regularien überbordende Aufgaben an Unternehmen stellen würden und somit den Wirtschaftsstandort Europa gefährden würden.^[17]

Laut dem Bericht „Fein Raus“ habe es weitere Schreiben dieser Art, oft kurz vor kritischen Entscheidungen gegeben, z.B. an den zuständigen Kommissar Reynders oder die Vizepräsidentin der EU-Kommission Jourová. Der Verband setzte also an zentralen Schlüsselstellen des Gesetzes an, um gezielte Botschaften zu senden. Die dabei verwendeten Narrative stellten das Gesetz stets in ein wirtschaftsfeindliches und nicht zielführendes Licht.^[14]

Wie ein weiterer Bericht von Corporate Europe Observatory (CEO), Friends of the Earth Europe (FoEE) und dem BUND mit dem Titel „Inside Job“^[18] zeigt, hatte auch der Dänische Industrieverband auf BusinessEurope gesetzt um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Insbesondere als Bestrebungen die damals noch zuständige Generaldirektion Justiz zu beeinflussen, zu scheitern drohten, bemühte man sich „*Leute in der Kommission zu aktivieren, die auf dem Gebiet der ‚Besseren Rechtssetzung‘ arbeiten, ‚vorzugsweise über BusinessEurope, da dies ‚ein stärkeres Signal aussenden würde‘.*“³ Das Gremium zu „besseren Rechtssetzung“, meint dabei das [Regulatory Scrutiny Board \(RSB\)](#), welches daraufhin zwei Gesetzesvorschläge der Kommission blockiert hatte und somit für eine Verzögerung und „*Verwässerung*“^[18] des Gesetzes gesorgt hätte. Das RSB gilt als industrienah und steht den inhaltlichen Forderungen von Business Europe nahe: Seit Gründung des Ausschusses 2015 hatte sich der Vorstand des RSB 23 mal mit Interessensvertretern zur Beratung getroffen, „*90 Prozent der Treffen entfielen [...] auf Wirtschaftsinteressen und diese unterstützende Denkfabriken, darunter drei Treffen mit BusinessEurope.*“^[18]

2013–2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan – Japan-EU Free Trade Agreement ([JEFTA](#)) – wurde am 06.07.2018 vom Rat der EU ratifiziert, nachdem die Verhandlungspartner im Vorjahr eine Grundeinigung erzielt hatten. Aus einer Recherche der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) geht hervor, dass BusinessEurope diejenige Konzernlobbygruppe ist, die zwischen 2014 und 2017 am häufigsten Kontakt mit der Generaldirektion Handel bezüglich JEFTA hatte^[19]

Bereits 2013 hatte BusinessEurope in einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten der EU Kommission [José Manuel Barroso](#) große Bereitschaft signalisiert, der EU-Kommission während allen Verhandlungsphasen „detaillierten Input“ zu bieten, um jegliche Barrieren in den Handelsbeziehungen mit Japan beseitigen zu können.^[20] BusinessEurope setzte sich vor allem für eine Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse im Rahmen von JEFTA ein. In einem Statement, das sie gemeinsam mit dem Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen Keidanren 2016 veröffentlichten forderten beide Verbände, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse und deren Abschaffung durch [regulatorische Kooperation](#) ein zentrales Thema bleiben müssen.^[21]

In der Praxis brachte BusinessEurope bereits Unternehmensverbände beider Seiten zusammen: Seit 2012 organisiert BusinessEurope gemeinsam mit Keidanren sogenannte Sector-to-Sector Meetings entlang der JEFTA-Verhandlungen. Teilnehmer sind europäische und japanische Industrieverbände, zu den regelmäßigen Teilnehmern gehören die Automobilverbände JAMA und [ACEA](#)^[22]. Beim sechsten Treffen am 13. Juni 2017

waren Vertreter aus dem Automobil-, Chemie-, Eisenbahn- und Digitalsektor vor Ort, außerdem der EU-Kommissar Antti Peltomäki (Generaldirektor des Fachbereichs Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) sowie Kazuo Kodama, der Botschafter der japanischen Vertretung bei der EU ^[23]. Ziel der Veranstaltungen ist vor allem der Austausch über nichttarifäre Maßnahmen und regulatorische Kooperation im Kontext der JEFTA-Verhandlungen ^[24]. In einer gemeinsamen Veröffentlichung bekräftigten die Teilnehmer die Forderung nach regulatorischer Kooperation erneut.

Während BusinessEurope die regulatorische Kooperation, also die gegenseitige Anpassung von Gesetzen und Standards, als einen Mechanismus zur Harmonisierung der Handelsbeziehungen beschreibt, bringt jene jedoch auch erhebliche Nachteile mit sich. Wie schon bei TTIP ist bedenklich, dass die **regulatorische Kooperation** es ermöglicht, voneinander abweichende Standards auf das Niveau des jeweils niedrigeren anzugleichen. Standards zu Verbraucher- und Umweltschutz können somit gesenkt werden, indem sie als „Handelshemmnisse“ dargestellt werden. Ferner ist regulatorische Kooperation problematisch, da sie Unternehmen über internationale Beratergremien einen erheblichen Einfluss auf Formulierung und Änderung von Gesetzen einräumt. ^[25]

2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Einer Auswertung der von CEO zufolge hatte BusinessEurope (gemeinsam mit dem **European Services Forum**) von allen Lobbyorganisationen den meisten Kontakt mit der EU-Generaldirektion Handel zum Thema **TTIP**. In den ersten 2 Jahren der Vorbereitungen und Verhandlungen zum Abkommen nahm BusinessEurope an 15 Treffen teil. ^[26]

Ende 2013 wurde ein Papier der **EU-Kommission** zu regulatorischer Kooperation geleakt. Durch das Prinzip der regulatorischen Kooperation sollen Handelshemmnisse zwischen den Vertragspartnern nach Abschluss des Abkommens abgebaut und somit eine Angleichung der Standards ermöglicht werden. Kritisch ist dies, da die amerikanischen bzw. kanadischen Standards in vielen Punkten stark von den europäischen abweichen. Besonders im Bereich des Umweltschutzes, der Chemikalienzulassung oder der Fahrzeugsicherheit sind sie sogar deutlich niedriger und deshalb kostengünstiger für Konzerne. Zentral bei der regulatorischen Kooperation ist hierbei die Einführung von Prozessen, die Unternehmen und US-Regierung früh und vor den Parlamenten in die Gesetzgebung einbinden soll. Sie erhalten dadurch eine enorme Gestaltungsmacht. Aus diesem Grund bezeichnet die **US-Handelskammer**, die amerikanische Arbeitgeber-Lobby, die regulatorische Kooperation als "Geschenk, das immer weiter schenkt" (Übersetzung des Verfassers). ^[27]

BusinessEurope forderte bereits im Herbst 2012 eine „formale und vorrangige Beraterrolle“ für Unternehmen ein. Vertraglich muss die EU-Kommission einen ausgewogenen Dialog mit verschiedenen Interessenvertretern führen. Dennoch stellte sie klar, dass eine Beraterrolle und somit eine Institutionalisierung des privilegierten Zugangs zu Gesetzgebungsprozessen in einer branchenspezifischen regulatorischen Kooperation möglich sei. Die branchenspezifische regulatorische Kooperation bezieht sich auf 9 Industriesektoren; unter anderem geht es hierbei um die Regulierung von Arzneimitteln, Chemikalien und Pestiziden. Dazu wurden bisher keine Vertragsentwürfe veröffentlicht, sodass der Einfluss von Unternehmen auf diese stark zu vermuten, jedoch nicht überprüfbar ist. ^[28]

Vergleicht man die Vorschläge der beiden Arbeitgeberverbände BusinessEurope und der **US-Handelskammer** aus den Jahren 2012 ^[29] und 2014 ^[30] mit den Verhandlungspositionen der EU-Kommission im Jahr 2016 ^[31] erkennt man eine erstaunliche Ähnlichkeit. Obgleich sie nicht explizit zeigen, dass die Arbeitgeber-Lobbys TTIP mitschrieben, beinhalten die vorgeschlagenen Alternativen der EU-Kommission Formulierungen, die eben jene Ziele der Verbände letztendlich doch ermöglichen könnten.

Im November 2015 wurde bekannt, dass die EU-Kommission der Erdöllobby besonders guten Zugang zu den Verhandlungen zu TTIP verschaffte. Vertreter von BusinessEurope trafen mit US-Verhandlern aus dem Außen- und Energieministerium zusammen, um über das Energiekapitel des Abkommens zu beraten.^[32]

Am 11. Juli 2016 veröffentlichte BusinessEurope unter anderen gemeinsam mit [AmCham EU](#), [European Services Forum](#) und [Trans-Atlantic Business Council](#), der sogenannten "Business Alliance for TTIP", ein Statement, in welchem die hohen Erwartungen an die 14. Verhandlungsrunde zu TTIP betont werden. Die Allianz übte Druck aus, um vor dem Ende der Obama-Administration einem Abschluss des TTIP-Abkommens näherzukommen. Es brauche "konstruktive und kreative Ansätze" und einen "substanziellen Fortschritt" in den Verhandlungen.^[33]

Nachdem die TTIP-Verhandlungen ab Januar 2017 auf Eis lagen, gab die Europäische Kommission am 11. September 2018 eine Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit den USA bekannt.^[34] Da große Differenzen in Bereichen wie der Automobil- und der Agrarindustrie zunehmend deutlich wurden, gaben die Handlungspartner bei diesem Anlauf zunächst an, sich auf die Einigungen in weniger bedeutsamen Bereichen zu fokussieren. Luisa Santos, Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen bei BusinessEurope, hieß diese Verhandlungsstrategie grundsätzlich gut, da sie ein „positives Ergebnis in einer relativ kurzen Zeitspanne“ ermögliche. Sie betonte allerdings auch, dass Unternehmen ein ambitionierteres Abkommen begrüßen würden.^[35] Regulierungsbehörden beider Seiten sollen folglich dazu bewegt werden, ins Gespräch zu kommen, „um zu sehen, ob es Bereiche gibt, in denen wir die Regulierungen verbessern können“.^[36] Im November 2018 wurde allerdings durch den Leak eines Dokuments öffentlich, dass die Automobil- und Agrarindustrie sehr wohl Teil dieser Gespräche waren^[37]

2010–2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik

Für die aktive und aggressive Rolle, die Mitarbeiter von BusinessEurope bei der Verwässerung der EU-Klimaziele spielten, wurde der mächtige Arbeitgeberverband im Jahr 2010 in der Kategorie Worst Climate Lobbying für die **Worst EU Lobbying Awards** nominiert. Offiziell unterstützte BusinessEurope damals die Notwendigkeit, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu stoppen. Tatsächlich jedoch wurden bestehende EU-Pläne zur Verminderung von CO₂-Emissionen aktiv untergraben. Während die Industrielobbyisten vorgaben, im Interesse aller europäischen Unternehmen zu handeln, haben sie tatsächlich in erster Linie für die energieintensivsten Unternehmen der Öl-, Stahl- und Chemieindustrie Lobbyarbeit betrieben – und letztendlich eine effektive Klimapolitik auf EU-Level verhindert.^[38] Im Laufe der Jahre geriet BusinessEurope immer wieder für seine klimapolitische Position in die Kritik. Als der Konsumgüterkonzern Unilever 2014 seine Mitgliedschaft bei BusinessEurope beendete, nachdem der Verband im Vorjahr die EU-Kommission dazu aufgerufen hatte, sich in den Jahren nach 2020 auf lediglich ein umweltpolitisches Ziel im Energiebereich zu beschränken.^[39] wurde die Annahme laut, dass BusinessEurope mit seiner umweltpolitischen Ausrichtung auch verbandsintern auf Ablehnung gestoßen war^[40] 2015 forderten Investoren Firmen sogar dazu auf, aus „klimaunfreundlichen EU-Lobbygruppen“ auszutreten, BusinessEurope wurde als Beispiel für eine solche Lobbygruppe angeführt.^[41] Anhand eines internen Dokuments von BusinessEurope, das im September 2018 geleakt wurde, zeigt sich deutlich, dass der Verband noch immer aktive Lobbyarbeit gegen die EU-Klimaziele betreibt. In diesem Papier vom 13. September 2018 schlägt BusinessEurope seinen Mitgliedern verschiedene Strategien vor, um eine von der EU-Kommission angedachte Verschärfung der Klimaziele zu verhindern.^[42] Das Dokument wurde von verschiedenen Medien und Nichtregierungsorganisationen scharf kritisiert, so sagte zum Beispiel Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace: „Business Europe sabotiert selbst den zaghaftesten Versuch der EU, ihren Rückstand beim Klimaschutz aufzuholen.“^[43]

2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister

Nach der Einführung des gemeinsamen **Europäischen Transparenzregisters** von Parlament und Kommission 2011, trat im Januar 2015 eine überarbeitete Fassung inkraft. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurde zur Verbesserung des bestehenden Lobbyregisters ein Konsultationsprozess eingeleitet, in dem Organisationen und selbstständige Einzelpersonen Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen könnten. Am 28.09.2016 stellte Frans Timmermans, damals Vizepräsident der Kommission, einen Vorschlag für ein neues Transparenzregister vor ^[44]. In der Folge konnte ein erster Teilerfolg schon im Dezember desselben Jahres errungen werden: Das EU-Parlament stimmte für die no registration, no meeting – Regel, die besagt, dass nur registrierte Lobbyisten sich mit Kommissaren und Kommissarinnen treffen können.

BusinessEurope vertrat gegenüber dem neuen Transparenzregister von 2016 eine skeptische Haltung. In einem Brief an Frans Timmermans vom 06.12.2016, der durch eine Anfrage unter dem Informationsfreiheitsgesetz ans Licht kam, stellt BusinessEurope's Generaldirektor Beyrer insgesamt zehn Forderungen ^[45]. Beyrer positioniert sich klar gegen die no registration, no meeting Regel und gegen ein rechtlich bindendes Lobbyregister. Darüber hinaus kritisiert er den Vorschlag, dass Non-Profit-Organisationen (wie BusinessEurope selbst) ihre Hauptgeldgeber offen legen sollen. ^[46].

2009–2018: Better Regulation

Im Rahmen der „Better Regulation“ - zu Deutsch: bessere Rechtssetzung - strebt die EU-Kommission nach eigener Aussage eine gezielte Regulierung aller Policy-Bereiche an, „die nicht weiter geht, als nötig, um Ziele zu erreichen und Vorteile bei minimalen Kosten zu erzielen“. ^[47] So initiiert die aktuelle EU-Kommission nur noch 25 neue Gesetze jährlich, bei der Vorgängerkommission waren es noch 150. ^[48]

Anhand offizieller Stellungnahmen, Pressestatements und offener Briefe lässt sich nachvollziehen, dass BusinessEurope sich seit 2009 aktiv für die „Better Regulation“ einsetzt, welche sie als unabdingbar für eine international wettbewerbsfähige EU bezeichnet. Die Argumentation: Durch eine „clevere“ Gesetzgebung würden Investoren angelockt und das Wachstum somit gefördert. ^[49] KritikerInnen hingegen betonen, dass die Mehrheit der EU-Gesetze Bürgerrechte und Umwelt schütze. Sie äußerten vermehrt die Befürchtung, dass die Europäische Kommission im Rahmen der „Better Regulation“-Agenda das Allgemeinwohl hinter die Interessen von Unternehmen zurückstellen könnte. ^{[50][51]}

Wie also funktioniert die „bessere Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue ExpertInnengremien geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. In der Theorie können über die REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Auch ein Vertreter von BusinessEurope sitzt im REFIT-Gremium ^[52]. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere

Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen.^[53] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten,^[54] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie BusinessEurope zu Gute.

Organisationsstruktur und Personal

BusinessEurope gehören 40 Mitgliedsverbände aus 35 Ländern an. Mitgliedsverbände aus Deutschland sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#). Präsident von BusinessEurope ist [Fredrik Persson](#), welcher zuvor Präsident des [Confederation of Swedish Enterprise](#) war, das ebenfalls Mitglied von BusinessEurope ist. Generaldirektor ist [Markus J. Beyrer](#), ehemaliger Generalsekretär der Vereinigung der Österreichischen Industrie (IV).^[8] (Stand: Juli 2023). Die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt bei knapp 50.^[55]

BusinessEurope hat 7 politische Ausschüsse mit insgesamt 60 Arbeitsgruppen gebildet, deren Aufgabe es ist, die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben der EU auf die Wirtschaft zu untersuchen und zu bewerten. Die Stellungnahmen der Arbeitsgruppen werden als „position papers“ veröffentlicht. Die Mitarbeiter von BusinessEurope sollen dafür sorgen, dass die Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Auf der Webseite des Verbands sind die folgenden Publikationen abrufbar: Reports and studies, Position papers, Public letters, Facts and figures, Speeches, Press releases.

Neben den nationalen Verbänden, die BusinessEurope mit Ressourcen und Infrastruktur unterstützen, besteht noch eine sogenannte 'Corporate Advisory and Support Group'. Deren 69 Mitglieder, allesamt multinationale Konzerne von beachtlicher Größe, genießen innerhalb der Organisation einen besonderen Stellenwert. Ihre Mitglieder pflegen nicht nur intensive politische Kontakte auf höchster Ebene, sondern sind auch an allen 60 Arbeitsgruppen beteiligt, welche gemeinsame Positionen erarbeiten und erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der gesamten EU ausüben.

Verbindungen

BusinessEurope ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [European Policy Centre](#) (EPC)
- [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS)
- [Alliance for a Competitive European Industry](#), die 2004 von 11 einflussreichen europäischen Industrieverbänden gegründet wurde und sich für arbeitgeberfreundliche Sozialgesetzgebung einsetzt^[56]
- [Alliance for CSR](#), einer im Jahr 2006 von der EU Kommission ins Leben gerufenen informellen Arbeitsgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung von Themen im Bereich [Corporate Social Responsibility](#) beschäftigt^[57]
- [European Services Forum](#) (ESF), einer Lobbyorganisation großer europäischer Dienstleister und ihrer Verbände
- [Kangaroo Group](#)

Finanzen

BusinessEurope legt seine Finanzierung nicht offen. Laut [EU-Transparenzregister](#) liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2021 zwischen 4 und rund 4,49 Millionen Euro.^[8]

Geschichte

Eine Reihe nationaler Arbeitgeberverbände gründete 1949 den europäischen Dachverband Conseil des Fédérations Industrielles d'Europe (CIFE). Innerhalb dieses Rahmenvertrags schlossen sich im selben Jahr die nationalen Industrieverbände aus den 6 Mitgliedsstaaten der späteren Montanunion (EGKS) zusammen. Aus dieser ging im März 1958 die "Union des industries de la communauté européenne" (UNICE) hervor, die am 23. Januar 2007 in BusinessEurope umbenannt wurde.^[58]

Weiterführende Informationen

- Businesseurope Eintrag auf lobbyfacts.eu

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [BusinessEurope auf lobbyfacts.eu](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 11.07.2023
2. ↑ [Business lobbies dominate secret channel to influence Council](#), corporateeurooe.org vom 13.07.2021, abgerufen am 16.11.2021
3. ↑ [BusinessEurope](#), influence.map, ,abgerufen am 15.11.2021
4. ↑ [Mission and Priorities](#), businesseurope.com, abgerufen am 02.09.2016
5. ↑ [Commission Meetings](#), integritywatch.eu, abgerufen am 15.11.2021
6. ↑ [Brussels' most powerful lobbyist? Step forward BusinessEurope](#) corporateeurope.org am 21.11.17, abgerufen am 20.11.18
7. ↑ [So wollen Lobbyisten strengere Klimaziele verhindern](#), sueddeutsche.de vom 19.09.2018, abgerufen am 15.11.2021
8. ↑ ^{8,08,18,28,3} [BUSINESSEUROPE](#), ec.europa.eu, abgerufen am 14.11.2021
9. ↑ [The revolving door: greasing the wheels of the TTIP lobby](#), abgerufen am 19.09.2016
10. ↑ [European Business Summit](#) abgerufen am 13.11.18
11. ↑ [European Business Summit: Consolidating Corporate Power](#), Coporate Europe Observer im Oktober 2017, abgerufen am 20.11.18
12. ↑ [European Business Summit Events](#) abgerufen am 14.11.18
13. ↑ [Speakers](#), businesseuropeday.eu, abgerufen am 17.11.2021
14. ↑ ^{14,014,114,214,3} [Fein Raus](#) corporatejustice.org vom Juni 2022, abgerufen am 06.12.2022
15. ↑ Schreiben von BusinessEurope an das Legal Affairs Comittee vom 21.01.2021, abrufbar [hier](#)

16. ↑ Brief von BusinessEurope an Macron vom 24.01.2021 abrufbar [hier](#)
17. ↑ Schreiben von BusinessEurope an von der Leyen vom 01.02.2022, abrufbar [hier](#)
18. ↑ ^{18,018,118,2} [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 03.11.2022
19. ↑ [JEFTA: Ein exklusiver Handel zwischen EU-Unterhändlern und Großkonzernen](#), Corporate Europe Observatory am 29.05.2018, abgerufen a, 08.10.2018
20. ↑ [EU-Japan summit on 25 March 2013 – Letter from Markus J. Beyrer to José Manuel Barroso](#), BusinessEurope, abgerufen am 08.10.2018
21. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 09.10.2018
22. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
23. ↑ [BusinessEurope and Keidanren hold the 6th sector-to-sector meeting](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
24. ↑ [Joint Release – EU-Japan: Sixth sector-to-sector meeting held in Brussels](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
25. ↑ [JEFTA-Analyse: Konzernlobbyisten bekommen Einfluss auf Gesetze](#), LobbyControl, abgerufen am 10.10.2018
26. ↑ [Who lobbies most on TTIP?](#), Artikel vom 8. Juli 2014, Webseite coporateeurope, abgerufen am 12.08.2014
27. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
28. ↑ [European Commission, BE-Chamber paper on a Regulatory cooperation component to an EU-US economic agreement \(TRADE internal assessment of relevance for EU-US Trade negotiations\)](#), 12 November 2012, abgerufen am 20.09.2016
29. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Letterto Daniel Mullaney, Re: Docket USTR-2012-0001, US Chamber of - BusinessEurope submission to the Federal Register Notice on the US-EU High-Level Working Group on Jobs and Growth, 2 February 2012](#), abgerufen am 20.09.2016
30. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\), 2014](#), abgerufen am 20.09.2016
31. ↑ [European Commission, TTIP – EU proposal](#), abgerufen am 20.09.2016
32. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
33. ↑ [Joint Statment: High expectations for 14th round – EU and US must deliver now on TTIP](#), abgerufen am 08.08.2016
34. ↑ [Handelsgespräche aufgenommen](#), Bundesregierung am 11. September, abgerufen am 26.09.2018
35. ↑ [<https://www.politico.eu/article/donald-trump-eu-eye-trade-low-hanging-fruit/> A new approach to EU-US trade: Less is more], Politico am 19.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
36. ↑ [<https://www.politico.com/newsletters/morning-trade/2018/09/11/us-eu-playing-the-short-medium-and-long-game-on-trade-335952> U.S., EU playing the short, medium and long game on trade], Politico am 11.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
37. ↑ [Proposals for EU-US-regulatory cooperation](#), foeeurope.org, abgerufen am 20.11.18
38. ↑ [BusinessEurope: Worst Climate Lobbying](#), worstlobby.eu, abgerufen am 31.05.2012
39. ↑ [Es geht nicht nur um Klimaschutz! Der Vorschlag von BusinessEurope für die europäische Energie- und Umweltpolitik im Jahr 2030 greift zu kurz](#), Umweltforsch vom 1.Juli 2013, abgerufen am 25.9.2018
40. ↑ [Unilever quits BusinessEurope following tensions over lobby group's stance on environment & climate change](#), Business Humanrights am 26.08.2014, abgerufen am 25.09.2018
41. ↑ [Investors urge businesses to quit climate-unfriendly EU lobby groups](#), Climate Home News vom 02.09.2015, abgerufen am 25.09.2018

42. ↑ [BusinessEurope memo on EU climate ambition](#), BusinessEurope am 13.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
43. ↑ [Greenpeace: Industrie-Lobby will strengere EU-Klimaziele torpedieren](#), Greenpeace vom 19.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
44. ↑ [\[1\]](#), Europäische Kommission, abgerufen am 12.11.18
45. ↑ [Briefwechsel Timmermanns Beyrer](#), asktheeu.org, abgerufen am 12.11.18
46. ↑ [Secrecy and privileged access on the menu for annual gathering of commissioners and Big Business](#), Alter-EU, abgerufen am 12.11.18
47. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 28.09.2018
48. ↑ [Die selbstverordnete Bürokratie-Entschlackungskur](#), deutschlandfunk am 12.06.2018, abgerufen am 28.09.2018
49. ↑ [Better Regulation](#), BusinessEurope, abgerufen am 28.09.2018
50. ↑ [Better Regulation Watchdog](#) Better Regulation Watchdog, abgerufen am 01.10.2018
51. ↑ [How the European Union is doing the job of big businesses](#), Corporate Europe im Februar 2016, abgerufen am 01.10.2018
52. ↑ [Mitglieder der REFIT-Plattform – Gruppe der Interessenträger](#), Europäische Kommission, abgerufen am 09.11.18
53. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
54. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
55. ↑ [History](#), businesseurope.eu, abgerufen am 11.07.2023
56. ↑ [Alliance for a Competitive European Industry](#), businesseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
57. ↑ [Alliance for CSR](#), businesseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
58. ↑ [BusinessEurope](#), PowerBase, abgerufen am 31.05.2012

Otto Fricke

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Der FDP-Politiker **Otto Fricke** (* 21. November 1965 in Krefeld) ist seit 2017 wieder Mitglied des Bundestages und haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Von 2014 - 2017 war er Partner der Lobbyorganisation [CNC Communications & Network Consulting](#), wo er von September 2014 bis März 2015 den Fahrdienstleister Uber betreute . Zuvor bekleidete Fricke als Mitglied der FDP-Fraktion im Bundestag von 2002-2013 zahlreiche Ämter, zuletzt war er von 2009-2013 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion. ^[1] Er ist Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	37
------------------	----

2 Kritik	37
2.1 Koordinator der Lobby-Kampagne von Uber	37
3 Verbindungen / Netzwerke	38
4 Zitate	38
5 Weiterführende Informationen	38
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	38
7 Einzelnachweise	38

Karriere

- seit Okt. 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- 2014 bis 10/2017 Partner der [CNC Communications & Network Consulting](#)
- 2009 bis 2013 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion
- 2005 bis 2009 Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages
- 1996 bis 1998 und erneut seit 2002 stellvertretender Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Krefeld
- Seit 1989 Mitglied der FDP

Quelle:^[2]

Kritik

Koordinator der Lobby-Kampagne von Uber

Fricke ist von September 2014 bis März 2015 als [CNC Communications & Network Consulting](#)-Partner mit Verantwortung für den US-Konzern [Uber](#) tätig gewesen, der im Jahr 2014 eine beispiellose Lobby-Kampagne gestartet hat, um in Europa Fuß zu fassen. Diese Aktivitäten sind in den [Uber Files](#) dokumentiert.

Frickes Tätigkeit wird in der "Tagesschau" wie folgt beschrieben: "Seine Aufgabe habe vor allem darin bestanden, die Dienstleistungen weiterer Beratungsunternehmen zu strukturieren. "Du hast das Sagen, mein Freund", schrieb Ubers Cheflobbyist für Europa in einer E-Mail an Fricke. Und Fricke lieferte: Er bot an, SMS an den damaligen Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt zu schicken, er traf verschiedene Parlamentarische Staatssekretäre, einen Abteilungsleiter im Verkehrsministerium und sprach mit Jens Spahn."^[3] Treffen fanden auch mit der damaligen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Dorothee Bär (CSU) statt, die bis 17.12.2013 Mitglied des Expertenrats der [CNC Communications & Network Consulting](#) war.^[4] Als Mitglied des ALTER-EU Steering Committee war LobbyControl an einer [Stellungnahme](#) zu den Uber Files beteiligt, die an Kommissionspräsidentin von der Leyen adressiert war.

Frickes Seitenwechsel im Jahr 2014 wurde ihm von einigen Parteifreunden übel genommen. Er habe die Stelle bei CNC nur bekommen, weil er ausgezeichnet im Bundesfinanzministerium vernetzt sei und gute Kontakte zum einflussreichen CDU-Staatssekretär Steffen Kampeter pflege.^[5]

Deutliche Kritik am Seitenwechsel übte [LobbyControl](#):

"Otto Fricke ist ein weiteres Beispiel für einen früheren Spitzenpolitiker, der nicht in seinen erlernten Beruf zurückkehrt, sondern sein politisches Netzwerk lieber einer Lobbyagentur und deren zahlungskräftigen Kunden zur Verfügung stellt."

^[6] ([Mehr zu den Positionen von LobbyControl zum Seitenwechsel von Politikern](#))

Verbindungen / Netzwerke

Fricke hat 2003 mit seinem Parteifreund [Daniel Bahr](#) den Arbeitskreis *Freunde der Ordnungspolitik* gegründet.^[7]

Zitate

„Mit diesem Schritt in die Strategische Beratung kann ich nach elf Jahren im Deutschen Bundestag dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft zu fördern. Auf diesem stark wachsenden Feld der Politik- und Kommunikationsberatung geht es weniger um richtig oder falsch sondern vielmehr um besser oder schlechter. CNC hat wegen seiner Expertise einen hervorragenden Ruf und ist mit seiner globalen Aufstellung im Publicis-Verbund bestens positioniert, diesen Bedarf zu decken.“ Otto Fricke^[8]

"Wir kennen Otto Fricke seit Jahren und wissen, dass er ein über Parteigrenzen hinweg hoch anerkannter und geschätzter Politiker ist. Seine menschliche Gradlinigkeit, sein unternehmerisches Denken und sein breiter Erfahrungsschatz als Parlamentarier sind eine ideale Ergänzung für unsere Beratung." Christoph Walther, CEO und Gründer der CNC AG^[9]

Weiterführende Informationen

[CNC Communications & Network Consulting](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

- ↑ [Deutscher Bundestag](#), abgerufen am 13.07.2022
- ↑ [Deutscher Bundestag](#), abgerufen am 21.05.2014.
- ↑ [Deutsche Lobbyisten im Dienste eines US-Konzerns](#) tagesschau vom 10.07.2022, abgerufen am 13.07.2022
- ↑ [Profil](#), bundestag.de, abgerufen am 13.07.2022
- ↑ [Otto Fricke arbeitet künftig als Lobbyist](#), rp-online vom 11.02.2014, abgerufen am 26.05.2014
- ↑ [Otto Fricke arbeitet künftig als Lobbyist](#), rp-online vom 11.02.2014, abgerufen am 26.05.2014.
- ↑ [Gesundheitsministerium: Thomas Ilka wird Bahrs neuer Staatssekretär](#), Handelsblatt, abgerufen am 20.05.2014.
- ↑ [Otto Fricke wird neuer CNC-Partner in Berlin](#), Pressemitteilung, abgerufen am 22.05.2014.
- ↑ [Otto Fricke wird neuer CNC-Partner in Berlin](#), Pressemitteilung, abgerufen am 22.05.2014.

CNC Communications & Network Consulting

Weiterleitung nach:

- [Kekst CNC](#)

ECONWATCH

ECONWATCH ist ein Verein, der sich mit der Politikberatung beschäftigt. Die Funktionsträger des Vereins und die Referenten vertreten überwiegend wirtschaftsliberale Positionen und haben zu einem großen Teil Verbindungen zu Organisationen der Wirtschaft und neoliberalen Netzwerken. Der Verein kooperiert mit dem Netzwerk [NOUS](#) und beteiligt sich an Aktionen des Kooperationsnetzwerks [Jenaer Allianz](#). Personelle Verflechtungen gibt es insbesondere mit dem [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE).

ECONWATCH

ECONWATCH
Politik verstehen – verantwortlich handeln

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Politikberatung
Gründungsdatum	2007
Hauptsitz	Poststraße 12, 10178 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.econwatch.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	40
2 Organisationsstruktur und Personal	40
2.1 Vorstand	40
2.2 Präsidium	40
2.3 Kuratorium	41
3 Finanzen	41
4 Lobbystrategien und Einfluss	41
5 Kritik	42
5.1 Mitglieder aus neoliberalen Netzwerken	42
5.2 Mainstream der Ökonomik und Neoliberalismus	42
5.3 Einseitige Lobbyismuskritik von ECONWATCH	42
6 Weiterführende Informationen	42
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	42
8 Einzelnachweise	43

Kurzdarstellung und Geschichte

ECONWATCH – Gesellschaft für Politikanalyse e.V. wurde 2003 als informeller Gesprächskreis für Politikberatung gegründet; die Eintragung ins Vereinsregister erfolgte 2007. Die ursprüngliche Bezeichnung lautete: Hayek-Kreis für Politikberatung e.V.^[1] Der Verein bringt nach eigenen Angaben Akteure, die professionell in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft tätig sind, zu Gesprächen zusammen. Dies bietet auch der Wirtschaftslobby die Möglichkeit, ihre Vorstellungen politischen Entscheidungsträgern und den Medien nahe zu bringen. Die Referenten der ECONWATCH-Meetings sind Professoren, persönliche Referenten von Politikern, Mitarbeiter in Bundesministerien, in Verbänden, Unternehmen und Medien.

Mit Veröffentlichungen und Veranstaltungen sollen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit informiert werden.^[2] Dabei kooperiert ECONWATCH mit der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): bei dem gemeinsamen Videoformat [Wirtschaftspolitik verstehen](#).^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Laut Eintrag im Vereinsregister besteht der vertretungsberechtigte Vorstand aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertretenden Vorsitzendem und dem Schatzmeister. Mitglieder des Vorstands sind:

- Susanne Cassel (Vorsitzende), Leiterin des Referats "Kordinierung, Bundesländer, Information und Dialogprozesse" im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Lehrbeauftragte am [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE), Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)^[4], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Aktionskreises Freiburger Schule^[5], Gastautorin der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)^[6] und Autorin des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)^[7]
- Michael Zibrowius (Stellv. Vorsitzender), Mitarbeiter im Referat „Erneuerbare Energien im Wärmemarkt und Förderung Energieeffizienz in Gebäuden“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Von 2014 - 2018 war er als Economist im Bereich „Berufliche Bildung“ am [Institut der deutschen Wirtschaft](#), der Muttergesellschaft der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), tätig. Er ist Experte des [Roman Herzog Institut](#) der Arbeitgeber.
- Dirk Schlotböller (Schatzmeister), Referatsleiter Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik, des Kapital- und Finanzmarktes beim Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW, ehem. Referatsleiter beim [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#)^[8]

Präsidium

- [Justus Haucap](#) (Präsident) , Direktor des [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE), ist in einer Vielzahl neoliberaler Denkfabriken und wirtschaftsnahen Organisationen aktiv. Besonders gute Verbindungen hat er zu zur Lobbyorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- Stefan Albert Dürr (Vizepräsident), Inhaber der Dürr Gesellschaft von Architekten für Planung, Projekt- und Kostenmanagement mbH und Handelsrichter beim Landgericht Berlin
- Dirk Schlotböller (Schatzmeister)

Quelle: ^[9]

Kuratorium

Mitglieder des Kuratoriums sind:

- **Lars P. Feld**, Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Persönlichen Beauftragten des Bundesministers der Finanzen (Christian Lindner/FDP) für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Sprecher der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Wiss. Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Matthias Benz, Wirtschaftsjournalist bei der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), moderiert Veranstaltungen des [Forum Freiheit](#), das von der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und anderen neoliberalen Netzwerken veranstaltet wird
- Hubertus Gersdorf, Inhaber der Gerd Bucerius-Stiftungsprofessur für Kommunikationsrecht und Öffentliches Recht an der Uni Rostock, Mitglied des Beirats der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Unabhängiger Experte in der [FDP-Kommission für Internet und Medien](#)
- **Kai A. Konrad**, Geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen und Forschungsprofessor am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Vorsitzender des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von [Bruegel](#), Research Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit \(IZA\)](#)
- **Philipp Plickert**, Wirtschaftsjournalist bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und einer der Gründer des Hayek-Clubs Frankfurt^[10], erhielt 2009 den Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Andrea Römmele, Professorin für Communication in Politics and Civil Society an der [Hertie School of Governance](#) in Berlin

Quelle: ^[11]

Finanzen

Der Verein finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Privatpersonen.^[12] Der Darstellung der Spenden auf der [Webseite des Vereins](#) ist nur zu entnehmen, in welcher Größenordnung gespendet wurde. Dagegen wird kein einziger Spender genannt.

Lobbystrategien und Einfluss

ECONWATCH ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

[Justus Haucap](#), der Präsident von ECONWATCH, war an der [Kampagne der INSM und des RWI gegen die Förderung des Ökostroms](#) beteiligt.

Kritik

Mitglieder aus neoliberalen Netzwerken

Mehrere Funktionsgräger von ECONWATCH gehören zu neoliberalen Netzwerken wie [Lars P. Feld](#), der Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Sprecher der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) ist. [Justus Haucap](#) ist Mitglied des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#). Der FAZ-Wirtschaftsredakteur [Philip Plickert](#) ist in der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) aktiv.

Mainstream der Ökonomik und Neoliberalismus

Die gesellschaftliche Vermittlung von wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Mainstreams der heutigen Volkswirtschaftslehre kann als einseitige Darstellung des ökonomischen Wissens kritisiert werden. Heutige Theorien wie neoklassische Modellökonomik, Monetarismus oder Neukeynesianismus haben eine mehr oder weniger starke Nähe zum [Neoliberalismus](#). Der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften grenzt zahlreiche marktkritische Strömungen wie Postkeynesianismus, Radikale Ökonomik, Kritische Institutionenökonomik oder Ökologische Ökonomik aus. ECONWATCH präsentiert nur den einseitigen Mainstream der heutigen Volkswirtschaftslehre.

Einseitige Lobbyismuskritik von ECONWATCH

In einem Policy Brief zu Partikularinteressen vom 19.12.2010 positioniert sich ECONWATCH kritisch zu Lobbyismus. "Strukturreformen zu Gunsten der Allgemeinheit sind politisch schwer durchsetzbar, da es mit Interessengruppen oder den unterschiedlichen Gebietskörperschaften sehr viele „Vetospieler“ gibt. Für Politiker ist es attraktiv, die eigenen Wahlchancen durch Subventions- und Transfervergabe an einzelne Bürger- oder Unternehmergruppen zu erhöhen. Die Sonderbehandlungen einzelner Gruppen werden dabei durch die Bürger als Steuerzahler insgesamt finanziert. Mehr politische Selbstbindungen durch starke Regeln wie die Schuldenbremse kann Politikern die Möglichkeit geben, Partikularinteressen zu widerstehen."^[13] Diese Lobbyismuskritik beruht auf Erkenntnissen der Public Choice-Theorie, welche Kategorien wie Machtungleichgewichte, Manipulation oder Elitenetzwerke kaum berücksichtigt.

Das Kuratoriumsmitglied [Lars P. Feld](#) denkt bei Interessengruppen weniger an die Wirtschaftslobby, an der er wenig auszusetzen findet, als an Bürgerinitiativen, die sich nicht mit allen Marktergebnissen abfinden wollen, und stellt kategorisch fest:

"Die Behauptung..., dass mächtige wirtschaftliche Interessengruppen einen größeren und für die Massen schädlicheren Einfluss hätten als linke Protestgruppen und Bürgerforen, ist schlicht falsch."^[14]

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Webseite ECONWATCH - Historie](#) abgerufen am 12.07.2022
2. ↑ [Webseite ECONWATCH - Über Uns](#) abgerufen am 08.06.2012
3. ↑ [INSM-Blog zum Start der gemeinsamen Reihe](#) abgerufen am 22.07.2013
4. ↑ [Netzwerk](#), nous.network, abgerufen am 18.02.2020
5. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), freiburger-schule.de, abgerufen am 12.07.2022
6. ↑ [Ein Narrativ für die Marktwirtschaft!](#), ludwig-erhard.de vom 17.03.2020, abgerufen am 12.07.2022
7. ↑ [Autor: Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas](#), insm-oekonomenblog.de vom 20.12.2018, abgerufen am 12.07.2022
8. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 17.02.2020
9. ↑ [Webseite ECONWATCH - Organisation](#) abgerufen am 12.07.2022
10. ↑ [Der Hayek-Club Frankfurt](#), hayek-frankfurt.de vom 15.09.2014, abgerufen am 20.07.2022
11. ↑ [Webseite ECONWATCH - Kuratorium](#) abgerufen am 12.07.2022
12. ↑ [Webseite ECONWATCH - wie wir uns finanzieren](#) abgerufen am 12.07.2022
13. ↑ [ECONWATCH-Policy Brief Partikularinteressen](#) abgerufen am 27.08.2013
14. ↑ [Lars P. Feld: Die Mär von der Postdemokratie](#), in: [Cicero](#), 26. Februar 2014, Webseite Cicero, abgerufen am 2. 5. 2014

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine markliberale Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1]

Die INSM verfügt nach eigenen Angaben seit mehreren Jahren über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von [Gesamtmetall](#) zur Verfügung gestellt werden.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3] Der Kuratoriumsvorsitzende der INSM, Stefan Wolf (CDU-Mitglied), ist Präsident von [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlinger AG^[4] und Vorstandsmitglied des [Verbandes der Automobilindustrie](#) (VDA).

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung markoliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen. Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitet bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wird.^[5]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[6]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	45
2 Eingeschaltete Agenturen	45
3 Ziele	46
4 Organisationsstruktur und Personal	47
4.1 Geschäftsführer	47
4.2 Prokurist	47
4.3 Kommunikationschef	47
4.4 Public Affairs	47
4.5 Lobbyist:innen	47
4.6 Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen	48
4.7 Beirat	48
4.8 Kuratorium	48
4.9 Botschafter	48
4.10 Wissenschaftliche Beratung	52
4.11 ÖkonomenBlog	52
4.12 Förderverein	52
5 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	53
5.1 Kampagnen	53
5.2 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	54
5.3 Studien	55
5.4 Reformbarometer/Rankings/Monitore	55
5.5 Veranstaltungen	55
5.6 Fernsehen und Hörfunk	55
5.7 Medienkooperationen	55
5.8 Unterrichtsmaterialien und Bildung	56

5.9 Weitere mediale Mittel	56
6 Kritik an der INSM	56
6.1 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz	56
6.2 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin	57
6.3 Anzeigenkampagne gegen Vizkanzler Scholz	57
6.4 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	57
6.5 Verhältnis zu den Medien	58
6.6 Eigene Außendarstellung der INSM	59
6.7 Schleichwerbung	59
6.8 Einschüchterung von Medien	59
6.9 Einwirkung auf Suchmaschinen	59
6.10 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	60
6.11 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	60
7 Zitate	60
8 Weiterführende Informationen	60
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	61
10 Einzelnachweise	61

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[7] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr /INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[8] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Eingeschaltete Agenturen

Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die seit 2011 zur [WPP Group](#) gehört. Scholz & Friends hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[9] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumerry](#) für Werbung und PR zuständig.^[10] Blumerry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[11] ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[12] Gemeinsam mit der INSM erarbeitet ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[13] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[14] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[15] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[16]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen

- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Thorsten Alsleben, zuvor Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU. Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[18] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[19]

Ehemalige Geschäftsführer^[20]:

- Hubertus Pellengahr, ehem. Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Prokurist

Michael Burbach (Stand: 02/2023)^[21] ist gleichzeitig Prokurist des Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH^[22]

Kommunikationschef

Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung^[23]

Public Affairs

Cheflobbyist ist Stephan Einenckel, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)

Lobbyist:innen

Im deutschen Lobbyregister gibt die INSM an, (Stand: 09.08.2022) 1- 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[24] Die folgenden weiteren Lobbyisten werden namentlich genannt: Jörg Sautner, Florian Hennet, Johannes Eber

Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen

Philipp Despot, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[25] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums ist Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlingerAG, Vorstandsmitglied des [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA), Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (VDA), Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[26]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[27] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Nam

e

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Kon](#)
[Berg](#) vent für Deutschland

er

Chri

stop

h Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich

Bur Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von

man Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

n

Dom

iniqu

e Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021Geschäftsführende

Döttl Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

ing

Florian Gersner

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Martin

Kannegiesser

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Otm

ar

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

g

Oswald

Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der [Metz Die Familienunternehmer - ASU](#)

ger

Arend

Dr. Oetker

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Walter

her

Ottram

mba

Karl-

Heinz

z

Paqu

é

Bern

d

Raff

elhü

sche

n

Arnd

t

Raut

enbe

rg

Randolf

d

Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem

Rod INSM-Finanzier [Gesamtmetall](#) und der INSM-Muttergesellschaft [Institut der deutschen Wirtschaft\(IW\)](#)
enst jeweils als Vizepräsident, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des [Wirtschaftsforums der FDP](#)
ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU),
Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#)

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der](#)
Sch [CDU](#) und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana AG](#) sowie ehem. Vorsitzender der [Altana](#)
weic [Kulturstiftung](#) gGmbH und der [Herbert Quandt-Stiftung](#)
kart

Jürg

en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der [Europäischen Zentralbank \(EZB\)](#), Mitglied des
Star Kuratoriums der [Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale](#)
k [Marktwirtschaft](#)

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der [Initiative D21](#), Mitglied
Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut \(HWWI\)](#), Mitglied des
Stra Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-](#)
ubha [Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)
ar

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[29]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na

me

Arn Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe [Friedric](#)
ulf [h-Naumann-Stiftung](#) sowie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und ist Mitglied des
Bari Kuratoriums der Stiftung [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie](#)
ng [Gesellschaft](#)

Mar

ie-

Luis (siehe Förderverein)
e

Döt

t

Joh Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni Köln,
ann Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bis Ende am 3. März 2013
Eek 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied verstorben
hoff der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Mic

hae

| CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo

s

Pau

| ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), setzt sich für eine

Kirc Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben

hho großer Vermögen" entlastet^[30]

f

Ebe

rhar Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich,

d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und

von Aufsichtsratsvorsitzender von [ABB](#), 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der

Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler [Helmut Kohl](#)

ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem.

Rolf Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der](#)

Peff [gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des [Wissenschaftlicher](#)

eko [Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), des Wissenschaftlichen Beirats

ven der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und des Beirats der [D](#)

[Z BANK AG](#)

Chri

stin

e

Sch

eel

ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der [CNC](#)

[Communications & Network Consulting](#))

trat im Dezember

2004 aus der INSM aus

^[31], beteiligte sich

aber auch danach

noch an deren

Kampagnen^[32]

Lot CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der [Jenoptik](#),

har ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank [Me](#) am 18. März 2016

Spä [rrill Lynch](#), ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Herrenknecht AG](#), beriet verstorben

th zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[33]

Ed

mu

nd

Stoi

ber

ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-

Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007

verließ die INSM nach

deren Kritik an den

Agrarsubventionen

Han ehem. Präsident der [Deutschen Bundesbank](#), Mitglied der Kuratoriums der [Kon](#)

s [rad-Adenauer-Stiftung](#), der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), der [Stiftung](#)

Tiet [Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik](#) und Mitglied der [Ludwig-](#)

me [Erhard-Stiftung](#)). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der

yer INSM.^[34]

am 27. Dezember

2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach^[35] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[36] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- [Hans Tietmeyer](#) (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- [Florian Gerster](#) (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des [Bundesverband Briefdienste](#), ehem. Vorsitzender der [Bundesanstalt für Arbeit](#) - heutige Bezeichnung [Bundesagentur für Arbeit](#) (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#) entlassen)
- [Johanna Hey](#), Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#) und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#). Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"^[37]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[38], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- [Friedrich Merz](#), Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für markliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen

- **Carl-Ludwig Thiele**, Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der **Deutschen Bundesbank**, Kuratoriumsmitglied des **Institut Finanzen und Steuern**, bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[39]

Weitere Mitglieder waren:

- **Michael Hoffmann-Becking**, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät **Hengeler Mueller**, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP** und Gesellschafter der **FAZIT-STIFTUNG**
- **Marie-Luise Dött**, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende **Bund Katholischer Unternehmer**, Mitglied der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen**

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden **PR-Agenturen** eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur **Serviceplan Public Opinion** bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[40]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[41] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[42] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[43]

Klimapolitik

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik^[44] richtet sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vorallem der Industrie fossiler Energieträger zugute käme. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom.^[45]

Mindestlohn

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen^[46]. In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[47] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[48]

Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immerwieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig blieben. Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim Institut für Demoskopie Allensbach, mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[49]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[50]

Anlässlich der vergangenen Wahl veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[51] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[52]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber:innen an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

Bildungsmonitor In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet.

Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[53]

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner:innen sowie Expert:innen für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[54] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFTSDEBATTE.^[55]

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschüler:innen, Realschüler:innen, Gymnasiast:innen und Berufsschüler:innen ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[56][57][58]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[59]

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[60]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[61]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazine, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[62]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[63] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das „*sachlichen Grundlagen entbehre*“.^[64] Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[65]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL –](#)

Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtabakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei die Grünen.^[66] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende „Staatsreligion“ betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print wie online) und auf „ZEIT ONLINE“. Die von der INSM angeführten angeblichen „Verbote“ wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[67] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmymen und die orientalistische Bildsprache.^[68] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[69] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des „Mundtot-Machens“ zurück.^{[70][71]} Schon im Januar startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz in das Wahljahr. Für die Kampagne wurden ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[72]

Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz

Die [Anzeigenkampagne gegen Scholz](#) vom Februar 2021 wird von der Wirtschaftswoche wie folgt beschrieben: „Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß. Stattdessen in dieser Woche: „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ – eine oberlehrerhaft-kraftmeiernde [Kampagne gegen den Vizekanzler, Finanzminister und Kanzlerkandidaten der SPD](#), hart an der Grenze zur Desinformation und Denunziation: Scholz „bläht den Haushalt auf“ und „sägt an der Schuldenbremse“, lässt „Unternehmen im Regen stehen“ und verspricht „Hilfsgelder“, die bei den Betroffenen nicht ankommen – gerade so, als hätte das seit Monaten vor sich hin dilettierende Exekutivmanagement der Christdemokratie mit alledem rein gar nichts zu tun: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Jens Spahn und Peter Altmaier.“^[73]

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[74] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler:innen betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[75] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen." Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[76] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalist:innen die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalist:innen und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13. Oktober 2005^[77] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung „Die Welt“. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[78]

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[79] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[80] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[81]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[82] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[83]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte die INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden. ^[84]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar ^[85]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin ^[86]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodells" ^[87].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können." Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[88]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.

- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ [Wer trägt die INSM?](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017 und 22.06.2021
3. ↑ [Trau schau wem](#), igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ [#ShowMEyourdesk mit Stefan Wolf](#), suedwestmetall.de, abgerufen am 22.06.2021
5. ↑ [Pressemitteilung vom 31.01.2019](#), abgerufen am 23.06.2021
6. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
7. ↑ [Alles über die INSM](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
8. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
9. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
10. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
11. ↑ [\[1\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
12. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
13. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
14. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
15. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
16. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
17. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
18. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
19. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
20. ↑ Thomas Leif: beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006, S. 290
21. ↑ [Eintrag im Handelsregister des AG Charlottenburg, Abruf am 24.02.2023
22. ↑ Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts Köln, Abruf vom 24.02.2023
23. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023

24. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 17.09.2022
25. ↑ [Speth: Strategien](#), S. 30
26. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
27. ↑ [Speth: Die politischen Strategien](#), S. 29
28. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
29. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
30. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
31. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 1. Dezember 2004](#), Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
32. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
33. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
34. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
35. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
36. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
37. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch, Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006](#), Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
38. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), Der Spiegel vom 13. November 2011
39. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
40. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
41. ↑ [\[2\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
42. ↑ [\[3\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
43. ↑ [\[4\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
44. ↑ [\[5\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
45. ↑ [\[6\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
46. ↑ [\[https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie\]](https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
47. ↑ [\[7\]](#), Tilman Steffen, Lobbyisten im Lehrerzimmer, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
48. ↑ [\[8\]](#), Bastian Brinkmann: Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo, 07.01.2021, SZ, abgerufen am 17.06.2021
49. ↑ [\[9\]](#), Reiner Heyse, ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran, heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
50. ↑ [\[10\]](#), Christian Stöcker, Komm, wir kaufen uns einen Kanzler, 13.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021
51. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
53. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
54. ↑ [\[11\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
55. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
56. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenzen: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements, NachDenkSeiten, 4. Januar 2006](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011

57. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011](#)
58. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
59. ↑ [\[12\]](#), Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor, 16.08.2019, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021]
60. ↑ [Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011
61. ↑ [\[13\]](#) KAS. Das Kolleg, abgerufen 18.06.2021]
62. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
63. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
64. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
65. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
66. ↑ [\[14\]](#), Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021
67. ↑ [\[15\]](#), 14.06.2021, Tagesschau.de, abgerufen am 17.06.2021
68. ↑ [\[16\]](#), Assheuer u.a.: Mit allen Mitteln, 15.06.2021, ZEIT ONLINE, abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ [\[17\]](#), Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [\[18\]](#), Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [\[19\]](#), Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021
72. ↑ [\[20\]](#) Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!, 21.02.2021, Wirtschaftswoche, abgerufen am 18.06.2021
73. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
74. ↑ [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
75. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
76. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
77. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?](#), 2005-10-14 , zitiert nach [Fulda Wiki](#), abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist
78. ↑ [\[21\]](#), Alexander Krei: INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ", 16.06.2021, DWDL.de, abgerufen am 17.06.2021
79. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
80. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
81. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
82. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005](#), Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
83. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007](#), Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011

84. ↑ Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
85. ↑ 12 Fakten zur Klimapolitik INSM am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
86. ↑ Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019
87. ↑ Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
88. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.

Düsseldorf Institute for Competition Economics

Das **Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE)** (Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie) ist ein Institut der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, das die Idee einer "freiheitlichen Wettbewerbsordnung" fördert.^[1] Das DICE ist von dem Milliardär **Patrick Schwarz-Schütte** initiiert worden und wird über dessen Schwarz-Schütte-Förderstiftung im Wesentlichen finanziert.^{[2][3]} Ein weiterer Finanzier ist die Heinrich-Heine-Universität.

Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE)

Hauptsitz Düsseldorf

Gründung 2009

Tätigkeitsbereich Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Wettbewerbsökonomie

Mitarbeit

er

Etat

Webadres dice.hhu.de
se

Inhaltsverzeichnis

1 Verbindung zu Interessengruppen und Netzwerken	64
2 Organisationsstruktur und Personal	65
2.1 Geschäftsführer	65
2.2 Direktor	65
2.3 Kuratorium	65
2.4 Wissenschaftlicher Beirat	65
3 DICE Consult GmbH	66
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	66
5 Einzelnachweise	66

Verbindung zu Interessengruppen und Netzwerken

Dem Kuratorium von DICE gehören zwei von der Spenderfamilie Schwarz-Schütte zu benennende Mitglieder sowie der Rektor der Heinrich-Heine-Universität und der Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an. Über die Vertretung im Kuratorium hat die Spenderfamilie die Möglichkeit, auf die Ausrichtung des Instituts Einfluss zu nehmen. **Patrick Schwarz-Schütte**, Managing Director der Black Horse Investments GmbH und Geschäftsführer der Schwarz-Schütte Förderstiftung gGmbH, ist Vorsitzender des Kuratoriums. Er ist weiterhin Stellv. Vorsitzender des Hochschulrats der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und war Mitglied des Kuratoriums der FDP-nahen Stiftung **Liberales Netzwerk**, die inzwischen aufgelöst worden ist. 2021 spendete er 100 Tsd. Euro an die CDU und 50 Tsd. Euro an die FDP.^[4]

[Justus Haucap](#), DICE-Direktor, ist in mehreren neoliberalen Netzwerken und wirtschaftsnahen Netzwerken aktiv. Umstritten ist sein Auftragsgutachten für Uber, dessen Begleitumstände in den sog. [Uber Files](#) dokumentiert sind.

Organisationsstruktur und Personal

Laut [Satzung](#) obliegt die Leitung des Instituts dem Vorstand, der den Direktor wählt. Aufgabe des Kuratoriums ist es, die Arbeit des Instituts an den in § 2 der Satzung genannten Zielen und Aufgaben zu messen sowie Vorschläge für dessen Weiterentwicklung zu unterbreiten.

Geschäftsführer

Michael Coenen, Senior Economist der DICE Consult GmbH

Direktor

- [Justus Haucap](#)
 - Gesellschafter und Prokurist der DICE Consult GmbH
 - Wissenschaftlicher Arbeitskreis für Regulierungsfragen (WAR) bei der Bundesnetzagentur, Mitglied
 - [Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung](#) (RWI), Vorsitzender Forschungsbeirat
 - [Wirtschaftsforum der FDP](#), Mitglied
 - innogy Corporate Responsibility Stakeholder Council, Vorsitzender^[5]
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied im "Kronberger Kreis"
 - [ECONWATCH](#), Präsident
 - [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied
 - [Prometheus](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Vertrauensdozent
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), Autor ÖkonomenBlog

Kuratorium

- [Patrick Schwarz-Schütte](#) (Vorsitzender)
 - Black Horse Investments GmbH, Managing Director
 - Schwarz-Schütte Förderstiftung gGmbH, Geschäftsführer
 - Hochschulrat der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Stellv. Vorsitzender
 - [Liberales Netzwerk](#) (inzwischen aufgelöst), ehem. Mitglied des Kuratoriums

Wissenschaftlicher Beirat

Die neun Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehört neben 8 Professoren Patrick Schwarz-Schütte, Geschäftsführer Schwarz-Schütte Förderstiftung gGmbH

DICE Consult GmbH

2013 ist das Beratungsunternehmen [DICE Consult GmbH](#) von [Justus Haucap](#), Direktor von DICE, und den DICE-Professoren Theo Normann und Christian Wey gegründet worden.^[6] 2022 wurde DICE-Professor Ulrich Heimeshoff weiterer Gesellschafter. Haucap, der auch Prokurist der DICE Consult ist, hält nunmehr 32 % des Stammkapitals, Normann und Wey je 24 % und Heimeshoff 20 %.^[7] Die Gesellschafter werden auch als Partner bezeichnet. Der Geschäftsführer von DICE, Michael Coenen, unterstützt die DICE Consult als Senior Economist. Der DICE-Pressesprecher, Marc Feist, ist bei DICE und der DICE Consult für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Zuvor war er in verschiedenen Funktionen bei der [INSM](#) tätig.

Auf ihrer Website wirbt die kommerzielle DICE Consult GmbH mit ihren Verbindungen zu dem Universitäts-Institut DICE: "Unser Team aus ausgewiesenen kompetenten Ökonominen und Ökonomen wird von unserer erfahrenen Geschäftsführerin geleitet und profitiert darüber hinaus von unseren Partnern, die am Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf - dem führenden akademischen Zentrum für Wettbewerbsökonomie in Deutschland - als Professoren forschen und lehren, sowie national wie international zu den führenden Experten in Wettbewerbsfragen zählen."^[8]

2018 veröffentlichte das Unternehmen ein Gutachten im Auftrag von der [INSM](#), in dem es die Kosten der Energiewende medienwirksam auf 500 Mrd. Euro bezifferte, ohne dabei auf die Kosten des Klimawandels einzugehen. In diesem Zusammenhang bezeichnete [Haucap](#) die Energiewende als "teuren Sonderweg".^{[9][10]}

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Über das DICE, dice.hhu.de, abgerufen am 07.03.2016
- ↑ Trägerschaft, dice.hhu.de, abgerufen am 07.03.2016
- ↑ Familienvermögen für die Bildung, rp-online.de vom 26.04.2010, abgerufen am 07.03.2016
- ↑ Parteispenden über 50.000 Euro - Jahr 2021, bundestag.de, abgerufen am 20.07.2022
- ↑ Nachhaltigkeitsbericht 2017 innogy, abgerufen am 19.02.2020
- ↑ Gesellschaftsvertrag der DICE Consult GmbH vom 31.01.2022
- ↑ Liste der Gesellschafter der DICE Consult GmbH, Aufnahme in das Handelsregister Düsseldorf am 10.02.2022
- ↑ Über uns, dice-consult.de, abgerufen am 29.10.2022
- ↑ Wie eine Handvoll Männer den Diskurs über russisches Gas bestimmte, zeit.de vom 21.02.2023, abgerufen am 03.03.2023
- ↑ Kosten der Energiewende, insm.de, abgerufen am 03.03.2023

Justus Haucap

Justus Haucap (*24. März 1969 in Quakenbrück) ist Direktor des [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE), dessen Gründung auf die Initiative der Unternehmerfamilie Schwarz-Schütte und die Schwarz-Schütte-Förderstiftung (Geschäftsführer: Patrick Schwarz-Schütte) zurückgeht.^[1] Der Milliardär Patrick Schwarz-Schütte, Managing Director der Black Horse Investments GmbH und Mitglied des Kuratoriums der inzwischen aufgelösten Stiftung [Liberales Netzwerk](#), ist Vorsitzender des Kuratoriums von DICE.^[2] DICE ist ein Institut an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Haucap ist weiterhin Gesellschafter und Prokurist des Beratungsunternehmens DICE Consult GmbH, einem Partnerunternehmen von DICE, das auch Gutachten erstellt. Er war beratend für zahlreiche private und öffentliche Institutionen tätig, wie zum Beispiel das Europäische Parlament, das Bundesfinanzministerium (BMF), das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), die Bundesnetzagentur, die Deutsche Telekom, Vodafone, Sixt, [RWE](#), [E.ON](#), Siemens, [Uber](#), den [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und viele mehr.^[3]

Haucap, der der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) nahesteht, ist Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) und Leiter des Gremiums "Deregulierung" des [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[4]. Außerdem ist er in den folgenden neoliberalen Denkfabriken und wirtschaftsnahen Netzwerken aktiv: [ECONWATCH](#) (Präsident), [Prometheus](#) (Mitglied des Kuratoriums), "Kronberger Kreis" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Mitglied) und [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) (ehem. Stellv. Vorsitzender des Beirats für Handel und Verbraucherschutz). Gemeinsam mit dem neoliberalen Ökonomen [Lars P. Feld](#), der Bundesfinanzminister Lindner (FDP) berät, betreibt er den Podcast [Feld & Haucap - Das Ökonomiebriefing](#). Beim Jahrestreffen 2022 der [Mont Pelerin Society](#) in Oslo trat er als Referent auf.^[5]

Aus den sog. Uber-Files geht hervor, dass Haucap sich bereit erklärt hatte, ein Auftragsgutachten für den Fahrdienstleister zu erstellen und einen positiven Bericht zu Uber in der FAZ zu platzieren (vgl. Abschnitt „Auftragsgutachten und positive Berichterstattung über Uber“). Auch nach dem Uberfiles-Lobbyskandal schreckte Haucap offenbar nicht davor zurück, über seine Beratungsfirma DICE Consult weitere Auftragsstudien für Unternehmen zu veröffentlichen.^[6] Dazu gehört eine Studie für die European Cloud Alliance (ECA), eine Microsoft-nahe Lobbygruppe in Brüssel.

Haucap ist im [deutschen Lobbyregister](#) eingetragen, verweigert dort jedoch Angaben zu den jährlichen finanziellen Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung mit der folgenden Begründung: "Publikationen, die auch dem Wissenstransfer dienen, finden im Rahmen der wissenschaftlichen Tätigkeit statt." Verweigert werden auch Angaben zu Zuwendungen der öffentlichen Hand und Schenkungen Dritter.^[7]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	68
2 Verbindungen / Netzwerke	68

3 Verbindungen zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	70
3.1 Gutachten für die INSM	70
3.2 Frühstücksdialog der INSM	70
3.3 Gemeinsame Herausgabe vom Büchern	70
3.4 Auftritt bei YouTube	70
3.5 Wirtschaftspolitik verstehen	70
3.6 Institut der deutschen Wirtschaft	71
3.7 ÖkonomenBlog der INSM	71
4 Auftragsgutachten und positive Berichterstattung über Uber	71
5 Studie für den Markenverband	72
6 Studie für den Hanfverband	73
7 Kampagne zur Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	73
8 Zitate	73
9 Weiterführende Informationen	73
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	73
11 Einzelnachweise	73

Karriere

- seit 2019 Direktor des Instituts für Glücksspiel und Gesellschaft (GLÜG)
- 2015-2018 Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- seit 2009 Direktor des [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE) und Inhaber des Lehrstuhls für Wettbewerbstheorie und -politik an der Uni Düsseldorf
- 2006-2014 Mitglied der [Monopolkommission](#)
- 2005-2014 Forschungsprofessor am [Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung](#) (DIW)
- 2007-2009 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Uni Erlangen-Nürnberg
- 2003-2007 Vertreter, dann Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik, insbes. Wettbewerbstheorie und -politik an der Ruhr-Universität Bochum
- 1999-2003 Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität der Bundeswehr Hamburg
- 1997-1999 Analyst bei der New Zealand Treasury, Wellington, im Bereich Wettbewerb und Regulierung
- 1997 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität des Saarlandes
- 1993 Abschluss als Diplom Volkswirt, Universität des Saarlandes

Quelle: ^[8]

Verbindungen / Netzwerke

- Referent beim Jahrestreffen 2022 der [Mont Pelerin Society](#) in Oslo^[9]
- Gesellschafter (Partner) und Prokurist der Beratungsfirma DICE Consult GmbH^[10]
- Vorstandsvorsitzender des Vereins zur Förderung der wettbewerbsökonomischen Forschung, der seinen Sitz beim [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#) (DICE) hat
- Leiter des Think Tanks "Deregulierung" des [Wirtschaftsrats der CDU](#)^{[11][12]} und Auftritt zum Thema Deregulierung bei [Basecamp](#), dem Debattenraum und Public-Affairs Blog von Telefónica Deutschland, einem Mitglied des Wirtschaftsrats^[13]
- Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) und Vertrauensdozent der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)

- Mitglied des Verwaltungsbeirats der Rhenag AG^[14], des Verwaltungsrats der Stadtparkasse Düsseldorf^[15] und des Verwaltungsrats des [Bund der Steuerzahler NRW](#)
- Träger des mit 10.000 Euro dotierten "Ordnungspolitischen Preis" des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#) für seine Veröffentlichung "Deutschlands teure Energiewende" in der FAZ vom 26. Juli 2017.^[16] Zu diesem Thema hatte Haucap gemeinsam mit weiteren Autoren 2016 ein Gutachten für die INSM erstellt.^[17]
- Präsident von [ECONWATCH](#)
- Direktor des 2019 gegründeten [Instituts für Glücksspiel und Gesellschaft](#) (GLÜG) an der Ruhr-Universität Bochum, das vom Verband der Automatenindustrie sowie der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. KG gefördert wird, die auch im Beirat des GLÜG vertreten sind. Haucap ist außerdem Mit-Verfasser der Studie „Faktenbasierte Evaluierung des Glücksspielstaatsvertrags“ aus dem Jahr 2017, die vom Deutschen Sportwettenverband (DSWV) und vom Deutschen Online Casinoverband (DOCV) gefördert wurde^[18]
- Autor des ÖkonomenBlog der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)^[19] und Verfasser von Studien im Auftrag der INSM^[20]
- Mitglied im Beirat/Kuratorium/Direktorium der folgenden Organisationen
 - [RWE AG](#) (Stand: 1. Januar 2022)^[21] Die Grundvergütung als Beiratsmitglied beträgt 3.000 Euro jährlich, das Sitzungsgeld 1.000 Euro pro Sitzung, die Auslagenersatzpauschale 100 Euro pro Sitzung. Es gibt zwei Sitzungen pro Jahr
 - [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW)
 - [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)
 - [Prometheus](#) - Das Freiheitsinstitut
 - [Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb](#) (FIW)
 - [Institut für Berg- und Energierecht](#) der Ruhr-Universität Bochum
 - Institut für ökonomische Bildung an der CvO Oldenburg
 - Denkfabrik [Bruegel](#)
 - House of Energy Markets and Finance der Universität Duisburg-Essen
 - Cannabiswirtschaft e.V.
- Mitglied der folgenden Organisationen
 - [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
 - "Kronberger Kreis" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
 - Netzwerks [NOUS](#)
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Beratendes Vorstandsmitglied des Gesundheitsökonomischen Zentrums (CINCH)
- Mitglied im Wissenschaftlichen Arbeitskreis für Regulierungsfragen (WAR) bei der [Bundesnetzagentur](#)
- Leiter der Arbeitsgruppe Wettbewerb im Verein für Socialpolitik
- Editor-in-Chief von [Perspektiven der Wirtschaftspolitik](#)
- Haucap war Mitglied des Kuratoriums der [FAZIT-STIFTUNG](#). Philipp Plickert, Wirtschaftsjournalist bei der FAZ, ist Kuratoriumsmitglied von [ECONWATCH](#), dessen Präsident Haucap ist. Im August 2022 gab die FAZ bekannt, dass Haucap aus dem Kuratorium der FAZ ausscheidet.^[22] Hintergrund seien Diskussionen um seinen Gastbeitrag über Uber in der FAZ

Quelle: ^[8] und Webseiten der genannten Organisationen

Verbindungen zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Haucap ist auf vielfältige Weise mit der Arbeitgeber-Lobbyorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), einer Tochtergesellschaft des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW), verbunden. Seine Vorschläge im Rahmen der Politikberatung entsprechen in der Regel den Interessen der Arbeitgeber.

Gutachten für die INSM

Als Partner der DICE Consult GmbH erstellt Haucap regelmäßig Gutachten für die INSM. [Marc Feist](#), Economist bei DICE Consult, war von 2008 bis 2018 in verschiedenen Positionen bei der INSM tätig. Im Rahmen seiner Tätigkeit für DICE Consult war Haucap an der Erarbeitung folgender Gutachten beteiligt:

- [Emissionshandel - Eine effiziente Form der CO2-Bepreisung](#) Ein Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft September 2019 Autoren: [Marc Feist](#), [Justus Haucap](#), [Christiane Kehder](#)
- [Kosten der Energiewende](#) Ein Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Oktober 2016 Autoren: [Justus Haucap](#) [Ina Loebert](#) [Susanne Thorwarth](#)
- [Erfolge bei der Liberalisierung](#) Ein Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft August 2016 Autoren: [Justus Haucap](#), [Ulrich Heimeshoff](#), [Christiane Kehder](#), [Susanne Thorwarth](#)
- [Der deutsche Apothekenmarkt](#) Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Februar 2011 [Düsseldorf Institute for Competition Economics \(DICE\)](#) und [Technische Universität Ilmenau](#) Autoren: [Justus Haucap](#), [Michel Coenen](#), [Annika Herr](#), [Björn A. Kuchinke](#)

Frühstücksdialog der INSM

Gutachten werden von Haucap beim Frühstücksdialog der INSM präsentiert. Beispiel: [Emissionshandelssysteme 19.09.2019](#) [Restaurant Habel Weinkultur](#)

Gemeinsame Herausgabe vom Büchern

Beispiel: [Behördenflut in Deutschland](#) Prof. [Justus Haucap](#) (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit der INSM Februar 2011

Auftritt bei YouTube

Beispiel: [Hat sich die Liberalisierung für die Bürgerinnen und Bürger gelohnt, Herr Haucap](#)

Wirtschaftspolitik verstehen

Die INSM und [ECONWATCH](#) (Präsident ist Haucap) präsentieren gemeinsam die Reihe [Wirtschaftspolitik verstehen](#)

Institut der deutschen Wirtschaft

Haucap ist Mitglied des Forschungsbeirat des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW), der Muttergesellschaft der INSM. Dessen Direktor [Michael Hüther](#) ist Botschafter der INSM. Hüther und Haucap treten gemeinsam bei Präsentationen des IW auf. Beispiel: [Wirtschaft braucht Initiativen für neue Dynamik](#). DICE Consult und das IW erstellen gemeinsame Studien (Beispiel: [Sharing Economy im Wirtschaftsraum Deutschland](#) Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) Juli 2018

ÖkonomenBlog der INSM

Haucap ist Autor des ÖkonomenBlog der INSM^[23]

Auftragsgutachten und positive Berichterstattung über Uber

Im Rahmen einer Kampagne des Fahrdienstleiters Uber, die in geleakten Dokumenten ("Uber Files") detailliert beschrieben worden ist, empfahlen Lobby-Berater um den FDP-Politiker [Otto Fricke](#) im Jahr 2014, Haucap als Unterstützer zu gewinnen.^[24] Fricke war von Ende 2013 bis Oktober 2017 Partner und Leiter des Berliner Büros der Lobbyagentur CNC (Bezeichnung seit 2018: [Kekst CNC](#)).^[25]

Haucap war bis 30. Juni 2014 Mitglied der unabhängigen Monopolkommission, deren Mitglieder nach § 45 GWB des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) weder einen Wirtschaftsverband noch einer Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisation repräsentieren oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen dürfen. Er ist Mitverfasser des am 1. Juli 2014 erschienenen Zwanzigsten Hauptgutachtens der Monopolkommission mit dem Titel [Eine Wettbewerbsordnung für die Finanzmärkte](#), das einen Abschnitt „Wettbewerbsdefizite auf Taximärkten“ enthält. Haucap berichtete schon vor der Vereinbarung mit Uber positiv über den Konzern. So erschien bereits am 26. September 2014 sein YouTube-Beitrag „Aufbruch am Taximarkt oder Verbot von Uber?“ in „Wirtschaftspolitik verstehen“, dem gemeinsamen Videoformat der Politikberatungsgesellschaft [ECONWATCH](#), deren Präsident Haucap ist, und der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).^[26] Am 27. Oktober 2014 wurde auf der Webseite von [ECONWATCH](#) ein Artikel „Mehr Wettbewerb auf dem Taximarkt zulassen“ veröffentlicht.^[27] Zu weiteren Informationen wird dort auf den [ECONWATCH-Policy-Brief Taximarkt Oktober 2014](#) verwiesen, in dem die Autoren Susanne Cassel (Vorstandsmitglied von [ECONWATCH](#) und Mitarbeiterin des Bundesministeriums für Wirtschaft) und Tobias Thomas (damaliges Vorstandsmitglied von [ECONWATCH](#) und Mitarbeiter des [Düsseldorf Institute for Competition Economics](#)) u.a. freien Marktzutritt durch Abschaffung des Konzessionssystem empfehlen. Der „Policy-Brief“ sei entstanden auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings zum 20. Hauptgutachten der Monopolkommission mit Haucap am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Im Oktober 2014 erklärte sich Haucap bereit, gemeinsam mit der DIW Econ GmbH eine Studie zu erstellen, die 44.000 Euro kosten sollte. Eine [Uber-Mitarbeiterin](#) hat in einer E-Mail einen hochrangigen Vorgesetzten darüber informiert, dass man mit den Wissenschaftlern bereits besprochen habe, dass Uber die Studie vor Veröffentlichung prüfen und ändern werde, die Wissenschaftler hätten dies akzeptiert.^[28] Der Vertrag zwischen DICE Consult, DIW Econ und Uber wurde am 19. Dezember 2014 unterzeichnet.^[29] Die Studie, zuvor noch einmal von Uber-Vertretern kritisch beäugt und in Absprache mit Haucap abgeändert, erschien 2015 unter dem Titel "Chancen für die Digitalisierung auf dem Markt für urbane Mobilität".^[30] Die Dice Consult GmbH, deren Partner Haucap ist, erklärte in einer Stellungnahme, die der Studie zugrundeliegenden

Berechnungen seien unabhängig und letztlich ergebnisoffen durchgeführt worden.^[31] Es habe lediglich eine „gewisse Konvergenz der wissenschaftlichen Arbeit von Prof. Haucap und den unternehmerischen Interessen von Uber“ gegeben. Uber erklärte laut Süddeutscher Zeitung, es handle sich bei der Arbeit nicht um eine wissenschaftliche Studie, sondern um einen Auftragsbericht, der auch als solcher gekennzeichnet gewesen sei.^[32]

Haucap schlug Uber außerdem vor, einen Artikel in der FAZ zu veröffentlichen, der die "positiven Verbraucherwirkungen" eines liberalisierten Taximarktes thematisiere.^[33] Hier würden die Kosten bei rund 4.000 Euro liegen. Die entsprechenden Auszüge aus den Uber Files sind [hier](#) abrufbar. Am 6. Dezember 2014 erschien ein Gastbeitrag von Haucap mit dem Titel „Die Taxipreise freigeben“ in der FAZ. Die Platzierung eines Uber-freundlichen Zeitungsartikels in der FAZ wurde vom Spiegel als besonders brisant bezeichnet, weil Haucap Mitglied des Kuratoriums der FAZIT-Stiftung ist, welche die journalistische Unabhängigkeit der »FAZ« sicherstellen soll.^[34] Nach eigenen Angaben ist Haucap jedoch erst 2016 Kuratoriumsmitglied geworden.^[35] Er bestreitet, dass sein FAZ-Artikel vom 6. Dezember 2014 Gegenstand des Vertrags mit Uber war.^[36] Abgerechnet worden sei vielmehr ein nicht mehr rekonstruierbarer „Newsletter-Artikel“. Das Magazin [Uebermedien](#) fand die Erklärung dürrig: „Möchte ein Auftraggeber wie Uber gar nicht wissen, wofür genau er 4.000 Euro bezahlt hat? Bekommt er keine Belegkopie des „begleitenden Presseartikels“ oder des „Newsletters“? Und: Müssten entsprechende Nachweise nicht allein aus Verpflichtungen gegenüber dem Finanzamt mindestens zehn Jahre aufbewahrt werden? Auf unsere Anfrage zum Thema hat Haucap bis dato nicht reagiert.“^[37] Am 5. August 2022 gab die FAZ bekannt, dass Haucap aus dem Kuratorium der FAZ ausscheidet.^[38] Hintergrund seien Diskussionen um einen Gastbeitrag von Haucap über Uber in der FAZ.

Das Handelsblatt hatte bereits 2017 darüber berichtet, dass Uber mit Hilfe von Top-Ökonomen Studien im Auftrag von Uber in führende Fachzeitschriften auch in Deutschland einschleuse.^[39] In diesem Zusammenhang wurde kritisiert, dass ein positiver Beitrag von Haucap zu Uber im „Wirtschaftsdienst“ 2 /2015 keinen Hinweis auf seine parallele Auftragsarbeit für Uber enthalte, die 2015 unter anderem in der Fachzeitschrift [List Forum](#) veröffentlicht worden sei.^[40] Auf Anfrage habe Haucap gegenüber dem Handelsblatt erklärt, die Offenlegung sei versehentlich unterblieben.^[41]

Der Mainzer Journalistik-Professor Tanjev Schultz sieht im Verhalten von Haucap sowohl einen medien- als auch einen wirtschaftsethischen Verstoß: Man könne nicht im Vorfeld einer Auftragsstudie als Teil der Vereinbarung einen PR-Artikel versprechen. Mindestens müsste das in der Publikation dann transparent gemacht werden.^[42] Da spiele es auch keine Rolle, ob die Auftragsstudie wissenschaftlichen Maßstäben genügt – oder man lediglich die Ergebnisse der Monopolkommission referiert.

Studie für den Markenverband

Im Juni 2023 hat Haucap ein Gutachten „Ökonomische Wirkung des Kinder-Lebensmittel-Werbegesetzes- „KLWG“ für die Medien- und Werbewirtschaft“ im Auftrag des Markenverbands erstellt, dessen Präsident Franz-Peter Falke ist.^[43] Falke ist außerdem Kuratoriumsvorsitzender der [Stiftung Marktwirtschaft](#), in dessen „Kronberger Kreis“ Haucap sitzt.

Studie für den Hanfverband

Im November 2018 erstellte Haucap eine Studie mit dem Titel „Die Kosten der Cannabis-Prohibition in Deutschland“ und 2021 eine Aktualisierung dieser Studie mit dem Titel „Fiskalische Auswirkungen einer Cannabislegalisierung in Deutschland: Ein Update“ für den Deutschen Hanfverband.^[44] In einem Artikel der „Welt“ vom 17.02.2018 äußerte er sich positiv zur Legalisierung von Cannabis - ohne auf seine Verbindungen zum Hanfverband zu verweisen.^[45] Laut ÜberMedien sammelte der Verband nach einem Referat von Haucap bereits Ende 2017 Spenden, um die geplante Auftragsstudie zu finanzieren: Sollte man das Spendenziel von 5.000 Euro erreichen, sollte ein Auftrag an Haucap vergeben werden.^[46] Und sollte mehr abfallen, könnte noch einige PR-Maßnahmen um die Studie herum bezahlt werden.

Kampagne zur Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Ein Gutachten von DICE Consult (Autoren: Justus Haucap, Christiane Kehder und Ina Loebert) im Auftrag von Prometheus (Kuratoriumsmitglied: Justus Haucap) vom September 2015 mit dem Titel „Eine liberale Rundfunkordnung der Zukunft“ kommt zu folgendem Ergebnis: „Es wird vorgeschlagen, die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten weitgehend zu privatisieren und aus den Privatisierungserlösen einen Stiftungsfonds zu gründen, mit dessen Mitteln gesellschaftlich bedeutsame Programminhalte bezuschusst werden können“.^[47]

Auf die Studie wurde auf dem ÖkonomenBlog der INSM hingewiesen.^[48]

Zitate

Weiterführende Informationen

- [Justus Haucap - Der umtriebige Ökonom, die FAZ und die Intransparenz](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ Trägerschaft DICE, [Webseite Heinrich Heine Universität Düsseldorf](#), abgerufen am 14. 11. 2015
2. ↑ [Profil Webseite Heinrich Heine Universität Düsseldorf](#), abgerufen am 09.04.2019
3. ↑ [Profil](#), dice-consult.de, abgerufen am 29.10.2022
4. ↑ [Top-Thema: Bürokratieabbau](#) [www.wirtschaftsrat.de](#), abgerufen am 15.07.2022
5. ↑ [Speakers](#), mpsoslo.org, abgerufen am 29.04.2022
6. ↑ [Überfiles: Haucap setzt Auftragsarbeit für Techkonzerne fort](#), lobbycontrol.de vom 09.12.2022, abgerufen am 14.12.2022
7. ↑ [Lobbyregistereintrag Prof. Dr. Justus Haucap](#) [www.lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 15.07.2022

8. ↑ ^{8,08,1} [Curriculum Vitae](#), dice.hhu.de, abgerufen am 26.02.2022
9. ↑ [Speakers](#), mpsoslo.org, abgerufen am 08.03.2022
10. ↑ Gesellschaftsvertrag der DICE Consult GmbH vom 31.01.2022
11. ↑ [Bilanz 2021](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 30.04.2022
12. ↑ [Nachgefragt! Auf ein Wort mit Prof. Haucap - Wie kann Deregulierung gelingen?](#), youtube.com vom 26.10.2021, abgerufen am 15.07.2022
13. ↑ [Nachgefragt! Wie kann Deregulierung gelingen? Mit Prof. Justus Haucap 27.10.2021](#), basecamp.digital, abgerufen am 29.10.2022
14. ↑ [Verwaltungsbeirat](#), rhenag.de, abgerufen am 15.07.2022
15. ↑ [Pressedienst Renommierter Wirtschaftsprofessor Haucap rückt neu in das Aufsichtsgremium](#), duesseldorf.de vom 28.11.2019, abgerufen am 15.07.2022
16. ↑ [Justus Haucap erhält Ordnungspolitischen Preis der Familienunternehmer Preisträger kritisiert den kostspieligen Irrweg Deutschlands in der Energiepolitik](#), presseportal.de vom 18.01.2018, abgerufen am 22.03.2023
17. ↑ [Energiewende kostet 520 Mrd. Euro \(bis 2025\)](#), insm.de vom 10.09.2016, abgerufen am 22.03.2023
18. ↑ [Deutschland ist Schlusslicht beim Kampf gegen illegales Glücksspiel](#), gluecksspielstudie.de, abgerufen am 16.08.2022
19. ↑ [ÖkonomenBlog. Autor Justus Haucap wird Direktor des DICE insm-tagebuch](#), Website insm-tageuch, abgerufen am 26.4.2012
20. ↑ Haucap hat z. B. das Buch "Behördenflut in Deutschland" im Auftrag der INSM erstellt, vgl. Themen, Behördenflut in Deutschland, Website der INSM, abgerufen am 26.4.2012
21. ↑ [Mitgliederliste des Beirats](#), rwe.com, abgerufen am 16.08.2022
22. ↑ [Haucap scheidet aus dem Kuratorium der FAZ ausscheidet](#), faz.de vom 05.08.2022, abgerufen am 08.08.2022
23. ↑ [Suchergebnis für Justus Haucap](#), insm-oekonomenblog.de, abgerufen am 16.02.2020
24. ↑ [Wer schreibt, bleibt](#), sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022
25. ↑ [Christoph Gottschalk führt Berliner Büro von CNC - Otto Fricke in den Bundestag gewählt](#), kress.de vom 25.10.2017, abgerufen am 11.07.2022
26. ↑ [Wirtschaftspolitik verstehen: Aufbruch am Taximarkt oder Verbot von Uber?](#), youtube.com vom 26.09.2014, abgerufen am 19.07.2022
27. ↑ [Themen](#), econwatch.org, abgerufen am 19.07.2022
28. ↑ [Gekaufte Wissenschaft im Sinne des US-Konzerns?](#), tagesschau.de vom 11.07.2022, abgerufen am 11.07.2022
29. ↑ [Haucap auf Twitter](#), twitter.com vom 12.07.2022, abgerufen am 19.07.2022
30. ↑ [Wer schreibt, bleibt](#), sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022
31. ↑ [Wer schreibt, bleibt](#), sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022
32. ↑ [Wer schreibt, bleibt](#), sueddeutsche.de vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022
33. ↑ [Gekaufte Wissenschaft im Sinne des US-Konzerns?](#), tagesschau.de vom 11.07.2022, abgerufen am 20.07.2022
34. ↑ [Datenlecks decken schmutzige Lobbyarbeit des Fahrdienstleisters Uber auf](#), spiegel.de vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022
35. ↑ [Haucap auf Twitter](#), twitter.com vom 12.07.2022, abgerufen am 19.07.2022
36. ↑ [Uber in Erklärungsnot](#), faz.net vom 11.07.2022, abgerufen am 12.07.2022
37. ↑ [Der umtriebige Ökonom, die FAZ und die Intransparenz](#), uebermedien.de vom 19.07.2022, abgerufen am 19.07.2022
38. ↑ [Haucap scheidet aus dem Kuratorium der FAZ aus](#), faz.de vom 05.08.2022, abgerufen am 08.08.2022

39. ↑ [Public Relations oder Wissenschaft?](#), handelsblatt.com vom 25.09.2017, abgerufen am 02.09.2022
40. ↑ [Der umtriebige Ökonom, die FZ und die Intransparenz](#), uebermedien.de vom 19.07.2022, abgerufen am 19.07.2022
41. ↑ [Public Relations oder Wissenschaft?](#), handelsblatt.com vom 25.09.2017, abgerufen am 02.09.2022
42. ↑ [Der umtriebige Ökonom](#), uebermedien.de vom 19.07.2022, abgerufen am 03.09.2022
43. ↑ [Ökonomische Wirkung des Kinder-Lebensmittel-Werbegesetzes-„KLWG“ für die Medien- und Werbewirtschaft](#), markenverband.de, abgerufen am 21.08.2023
44. ↑ [Pressemitteilung vom 16. November 2021](#), hanfverband.de, abgerufen am 04.09.2022
45. ↑ [Als nächstes käme dann der Bio-Joint](#), welt.de vom 17.02.2018, abgerufen am 04.09.2022
46. ↑ [Der umtriebige Ökonom](#), uebermedien.de vom 19.07.2022, abgerufen am 03.09.2022
47. ↑ [Eine liberale Rundfunkordnung der Zukunft](#), zwangsbeitrag.info, abgerufen am 16.02.2020
48. ↑ [Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf den Prüfstand stellen](#), insm-oekonomenblog.de, abgerufen am 16.02.2020

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** ist ein einflussreiches marktliberales Netzwerk, zu dem Unternehmer/Manager, Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Politiker - ganz überwiegend aus CDU und FDP - und wirtschaftsliberale Professoren gehören. Nach eigenen Angaben hat sie die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Die Stiftung ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen sie auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Hierzu gehört der Lobbyverband [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung ist. Die Veranstaltungen der Stiftung bieten den Mitgliedern aus der Wirtschaft die Möglichkeit, ihre interessengeleiteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen Spitzenpolitikern und Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bundesbank in persönlichen Gesprächen zu vermitteln und Kontakte zu knüpfen. Häufiger Referent ist [Lars P. Feld](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner (FDP).

Die Stiftung, die lange Zeit keine Einzelheiten ihrer Finanzierung offenlegte, wurde bereits in den 70er und 80er Jahren von staatlichen Stellen finanziell gefördert. Die damalige Bundesregierung hielt es für geboten, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.^[1] Das bedeutet, dass die Stiftung damals aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung gefördert worden ist. Zu den Mitgliedern der Stiftung gehört auch Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, deren Ministerium die Gründung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft seit 2023 mit einer Anschubfinanzierung von ca. 800 Tsd. Euro über eine Laufzeit von zwei Jahren unterstützt.^{[2][3][4]} Für 2023 wurden die Zuwendungen im Lobbyregister mit 390.001 bis 400.000 Euro angegeben.^[5]

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsfor e.V.
m

Tätigkeits Wirtschaftsnahes Netzwerk zur
bereich Verbreitung marktliberaler Ideen

Gründung 1967

sdatum

Hauptsitz Bonn

Lobbybür

o

Lobbybür

o EU

Webadres www.ludwig-erhard-stiftung.de
se

Inhaltsverzeichnis

1 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung	76
2 Aktivitäten	77
3 Personelle Verflechtungen	77
3.1 CDU und nahestehende Institutionen	77
3.2 Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken	78
3.3 Sonstige	78
4 Organisationsstruktur und Personal	79
4.1 Vorstand und Geschäftsführung	79
4.2 Mitglieder	79
5 Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft	81
6 Kooperationen	82
6.1 "Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken	82
6.2 Wirtschaftsrat der CDU	82
6.3 Konrad-Adenauer-Stiftung	82
6.4 Friedrich-Naumann-Stiftung	82
6.5 Die Familienunternehmer	83
6.6 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	83
7 Intransparente Finanzen	83
8 Zitate von Müller-Armack	83
9 Weiterführende Informationen	84
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	84
11 Einzelnachweise	84

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Nach Auffassung der Stiftung hat Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards die Aufgabe, Wettbewerb zum Ordnungsprinzip zu erheben und nachhaltig abzusichern.^[6] Lenkende Eingriffe mit gesamtwirtschaftlichem Maximierungsanspruch und administrativen Lösungsversprechen für Einzelprobleme gehörten nicht in den Werkzeugkasten eines Wirtschaftspolitikers, der sich auf Ludwig Erhard berufen will. Das soziale Element der Sozialen Marktwirtschaft liege nicht in der Umverteilung von Einkommen oder Vermögen zur Korrektur politisch unerwünschter Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses, sondern in der ordnungspolitisch abgesicherten Bindung der Freiheit an die Verantwortung im Rahmen des Leistungswettbewerbs.

Mit dieser Sichtweise nimmt der Vorstandsvorsitzende Roland Koch die Klimapolitik der Bundesregierung als „Dirigismus“ und „Bevormundung“ wahr; statt die zum Einsatz kommende Technologie zur beabsichtigten Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Kreativität freier Unternehmen zu überlassen, mache die Politik kleinteilige Vorgaben.^[7]

Aktivitäten

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit und bei Entscheidern in Politik, öffentlichen Behörden und Verbänden Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Die Stiftung gibt die Vierteljahresschrift [Orientierungen zu Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik](#), das Jugendmagazin [Im Klartext](#) sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über Ludwig Erhard. Zu den Veranstaltungen gehören: [Berliner Kammingespräche](#), [Bonner Wettbewerbsgespräche](#), [Frankfurter Gespräche](#), [Kolloquien](#) mit nahestehenden Organisationen sowie [Seminare](#) zur Lehrerfortbildung.

Unter [Standpunkt](#) werden Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen veröffentlicht. Die Überschriften der letzten drei Kommentare (Stand: 10/2023) lauten: „Gesellschaftspolitische Steuerungssillusionen klimapolitischer Akteure“, „Wider die Schönredner und falsche Propheten im ÖNPV“ und „Klimasünder, Etikettenschwindler und ökologische Geisterfahrer - Eine verkehrspolitische, ökonomische und ökologische Streitschrift“.^[8] Außerdem werden [Kommentare des Vorsitzenden Roland Koch](#) publiziert.

Jährlich wird der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik (Preisträger) sowie der Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik (Förderpreisträger) vergeben. Das Preisgeld soll jeweils 10.000 Euro betragen. Die Bundesregierung förderte den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik von 1979 bis 1981 und 1984 bis 1987 mit jährlichen Zuschüssen zwischen 25.300 DM und 52.664 DM.^[9] Ob der Preis weiterhin mit Bundesmitteln gefördert wird, ist nicht bekannt. Die Stiftung veröffentlicht weder einen Jahresabschluss noch einen Geschäftsbericht.

Mitglieder der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik sind:

- Thomas Mayer (Vorsitzender), Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute, Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Autor des [Mises Institute](#) USA, Klimaskeptiker^[10]
- Katharina Reiche, Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats, ehem. CDU-Politikerin
- Wolfgang Reitzle, Journalist, ehem. Intendant des Hessischen Rundfunks, ehem. Mitglied des Kuratoriums der [Johanna-Quandt-Stiftung](#)
- Nikolaus Risch, Mitglied des Vorstands der Heinz Nixdorf Stiftung, ehem. Präsident der Universität Paderborn
- Theresia Theurl, ehem. Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen
- Roland Koch (qua Amt), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören: Wolfgang Reitzle (2021), Dan McCrum (2020), Ulf Poschardt (2019), Zanny Minton Beddoes (2018), Marc Beise (2017) und Gerhard Schröder (2016). Die Preisverleihung 2020/21 fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt.

Personelle Verflechtungen

Mitglieder des Netzwerks kommen u.a. aus den folgenden Organisationen:

CDU und nahestehende Institutionen

- [CDU](#) ([Friedrich Merz](#): Vorsitzender; [Carsten Linnemann](#): Generalsekretär; Jens Spahn: Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

- [Wirtschaftsrat der CDU](#) (Roland Koch: Mitglied des Präsidiums; [Lars P. Feld](#): Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats; [Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats; Bettina Würth: Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen"; Christoph Werner: Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter"; Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Mitglied; [Justus Haucap](#): Leiter des Think Tanks "Deregulierung" [Friedrich Merz](#): ehem. Vizepräsident);
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) ([Carsten Linnemann](#): ehem. Vorsitzender)
- Konrad-Adenauer-Stiftung ([Friedrich Merz](#): Mitglied des Vorstands; [Carsten Linnemann](#): Ständiger Gast im Vorstand; Paul Kirchhof und Sara Rösner: Mitglied des Kuratoriums)

Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken

- [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Steffen Kampeter: Hauptgeschäftsführer)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#) (Sarna Röser: Mitglied des Bundesvorstands und des Strategischen Beirats; Patrick Adenauer und [Frank Schäffler](#): Mitglied des Strategischen Beirats)
- [Stiftung Familienunternehmen](#) (Detlef W. Prinz: Mitglied des Kuratoriums; Hans-Werner Sinn: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) ([Siegmar Mosdorf](#): Stellv. Vorsitzender)
- Wirtschaftsverband [Deutsches Aktieninstitut](#) (Joachim Nagel und Frank Engels: Mitglied des Präsidiums)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ([Michael Hüther](#): Direktor)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (Florian Gerster, [Oswald Metzger](#) und Randolph Rodenstock: Botschafter)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Jens Weidmann: Vorsitzender des Kuratoriums; [Lars P. Feld](#): Sprecher „Kronberger Kreis“; [Justus Haucap](#): Mitglied „Kronberger Kreis“)
- [Walter Eucken Institut](#) ([Lars P. Feld](#): Leiter)
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Prometheus](#) ([Frank Schäffler](#): Gründer und Geschäftsführer; Thomas Mayer: Vorsitzender des Kuratoriums)
- [ECONWATCH](#) ([Justus Haucap](#): Präsident; [Lars P. Feld](#): Mitglied des Kuratoriums)
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Atlantik-Brücke](#) ([Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Vorstands)
- [Trilaterale Kommission](#) (Jens Spahn: Vorsitzender der deutschen Gruppe)

Sonstige

- Deutsche Bundesbank (Joachim Nagel: Präsident, Burkhard Balz: Mitglied des Vorstands)
- Europäische Investitionsbank (Werner Hoyer: Präsident)
- Bundeskartellamt (Andreas Mundt: Präsident)
- [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (Veronika Grimm: Mitglied)
- [FAZIT-STIFTUNG](#) (Jens Weidmann: Mitglied des Kuratoriums)
- Tichys Einblick ([Roland Tichy](#): Herausgeber; [Oswald Metzger](#): Hauptstadtkorrespondent)
- Institut für Demoskopie Allensbach (Renate Köcher: Geschäftsführerin)
- Zentrum Liberale Moderne (Ralf Fücks: geschäftsführender Gesellschafter)

(Stand: Oktober 2023)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

Roland Koch, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Direktor des [Frankfurt Competence Center for German and Global Regulation](#) (FCCR), betätigt sich als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main und als Lobbyist. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Laut [Lobbyregister](#) vertritt Koch die Interessen der Vodafone GmbH und der Dussmann Stiftung & Co. KG als Mitglied des Aufsichtsrats sowie des [Wirtschaftsrat der CDU](#) als Präsidiumsmitglied. Seine Tätigkeit bei Vodafone beschreibt er im Lobbyregister wie folgt: „allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten.“ (Stand: 27.03.2023)

Stellvertretende Vorsitzende:

- **Ulrich Blum**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Geschäftsführender Gesellschafter der Deutschen Lithiuminstitut GmbH (ITEL), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Oskar-Patzelt-Stiftung, zu deren Zielen die Förderung der Netzwerkbildung im Mittelstand gehört^[11] Blum ist ein ehemaliger Unterstützer der [Alternative für Deutschland](#)^[12]
- Godelieve Quisthoudt-Rowohl ([CDU](#)), Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#), war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Joachim Seeler, ehem. Hamburger [SPD](#)-Politiker, Unternehmer und Manager, Partner und geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest
- Linda Teuteberg, Mitglied des Deutschen Bundestags ([FDP](#)), ehem. Generalsekretärin der FDP, Mitglied des Beirats "Politik & Public Affairs" der [Quadriga Hochschule](#) und Mitglied des Beirats von ProSiebenSat.1^[13]
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), Executive Vice President Group Strategy im Vorstandsstab der Deutschen Börse AG in Frankfurt

Geschäftsführer: Patrick Opdenhövel, ehem. CDU-Politiker (Frühere Positionen: Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes NRW, Büroleiter des Hessischen Ministerpräsidenten [Roland Koch](#))

Wissenschaftlicher Leiter: Stefan Kolev, der auch Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft ist.

Mitglieder

Die [hier](#) abrufbaren Mitglieder^[14] sind zu einem großen Teil Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie markliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#), Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Gesundheit, Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Otto Fricke](#) (FDP), ehem. Partner der Lobbyorganisation [CNC Communications & Network Consulting](#)
- Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Frank Schäffler](#), FDP-Poliker, Gründer von [Prometheus](#), Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Carsten Linnemann](#), Vorsitzender der CDU-Programmkommission, ehem. Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Theo Waigel](#) (CSU), ehem. Bundesfinanzminister, Ehrenvorsitzender des Beirats der [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Lars P. Feld](#), Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Berater von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- Volker Wieland, Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie und Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IFMS) an der Goethe-Universität Frankfurt
- Luise Hölscher, Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, 2003-2004 Fachreferentin für Wirtschaft und Steuern beim [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Justus Haucap](#), Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#) , Präsident von [ECONWATCH](#), Leiter des Think-Tanks Deregulierung des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)
- Hans-Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Vorsitzender des Ordnungspolitischen Ausschusses des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#)
- Veronika Grimm, Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR)
- Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Burkhard Balz, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, ehem. CDU-Politiker
- Jens Weidmann, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Vorsitzender des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [FAZIT-STIFTUNG](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Commerzbank](#), ehem. Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Christoph Werner, Vorsitzender der dm-Geschäftsführung, Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Bettina Würth, Beirats-Vorsitzende der Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Christoph Brand, Partner bei der deutschen Niederlassung der Investmentbank [Goldman Sachs](#) in Frankfurt am Main und stellv. Vorsitzender des Familienrates der Fa. Miele & Cie.
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Könrad-Adenauer-Stiftung](#)
- Ralf Fücks, geschäftsführender Gesellschafter der Denkfabrik Liberale Moderne
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts

- Horst von Buttlar, Chefredakteur der WirtschaftsWoche
- Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der FAZ, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Roland Tichy](#), rechtspopulistischer Medienunternehmer

(Stand: Dezember 2023)

Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft

Im August 2022 hat die Stiftung das [Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft](#) mit Sitz in Berlin gegründet.^[15] Das Forum soll die Gedanken Ludwig Erhards und deren Übertragung auf moderne Herausforderungen direkt in die Bundeshauptstadt vermitteln. Es sieht sich als Plattform des nationalen und internationalen Diskurses zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Forum gibt periodische Schriften heraus, veröffentlicht Monographien, veranstaltet Workshops und Konferenzen. Es sollen auch Netzwerke mit vergleichbaren internationalen Forschungsstellen und Thinktanks geschaffen werden. Die Gründung des Forums soll auch durch eine Anschubfinanzierung des Bundes in Höhe von 800 Tsd. Euro möglich werden.

Leiter des Forums ist Stefan Kolev, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zwickau und Vertrauensdozent der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), der sich in einer Vielzahl neoliberaler Netzwerke und Denkfabriken betätigt. So ist er Gründungsmitglied des Netzwerks [NOUS](#), Beiratsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Affiliated Fellow des [Walter Eucken Institut](#) und Mitglied des globalen Elitenetzwerks [Mont Pelerin Society](#).^{[16][17]} Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums des [Humboldt Forums Wirtschaft](#) und Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).^[18] Kolev trat als Redner bei der 75. Jahrestagung der [Mont Pelerin Society](#) vom 4.-8. Oktober 2022 in Oslo auf und war Mitglied des "Programme Committee" dieser Veranstaltung.^[19] Auch bei der [Jahrestagung 2023](#), die vom [Cato Institute](#) und [Stand Together](#) gesponsert wurde, gehörte er zu den Referenten.

Mitglieder des Kuratoriums sind:

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor an der Uni Siegen, Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)
- Jens Weidmann, Professor an der Frankfurt School of Finance & Management, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank
- Harold James, Wirtschaftshistoriker an der Princeton University
- Inga Michler, Wirtschaftsreporterin und Moderatorin der Welt-Gruppe

Quelle: ^[20]

Kooperationen

"Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken

Die „Frankfurter Gespräche“ sind Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit Banken zu geld- und wirtschaftspolitischen Themen in Frankfurt, die bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Deutschen Bank und der Bundesbank stattfanden.^[21] Ein Beispiel ist die Veranstaltung vom 06.11. 2023: „Globalisierung: Wie tragfähig sind die internationalen Netzwerke?“ mit den folgenden Diskussionsteilnehmern^[22]

- Burkhard Balz, Mitglied der Ludwig Erhard-Stiftung, Mitglied des Bundesbank-Vorstands, ehem. CDU-Politiker
- Roland Koch, Vorstandsvorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Ralf Fücks, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, ehem. Grünen-Politiker
- Steffen Kampeter, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Hauptgeschäftsführer des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#), ehem. CDU-Politiker
- Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW Bankengruppe

Die Veranstaltung findet in der Hessischen Hauptverwaltung der Bundesbank statt.

Wirtschaftsrat der CDU

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[23] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen. 2023 fand die Ludwig-Erhard-Lecture 2023 in Kooperation mit der Stiftung statt.^[24] Zu den Aktivitäten des Vorsitzenden Koch im Wirtschaftsrat der CDU gehört z. B. die maßgebliche Beteiligung an der Erarbeitung eines Positionspapiers im „Thinktank Deregulierung“.^[25]

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Ludwig-Erhard-Stiftung veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein jährliches Kolloquium in Berlin.^[26] Beide Organisationen führen mehrtägige Seminare durch, bei denen Konzeption und Politik der Sozialen Marktwirtschaft mit jungen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten erörtert werden.^[27]

Friedrich-Naumann-Stiftung

Am 27.06.2023 fand eine Veranstaltung von Ludwig-Erhard-Stiftung und Friedrich-Naumann-Stiftung im Forum Factory zum Thema „1948: Start für eine Ordnung des Wettbewerbs“ statt.^[28]

Die Familienunternehmer

Mit dem Gutachten [Der Eigentumsbegriff in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2021: Eine ökonomische Analyse](#) im Auftrag der Stiftung und des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#) mischten sich die beiden Organisationen in den Bundestagswahlkampf 2021 ein. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass Hauptkonfliktlinien die Fragen der Einführung einer Vermögensteuer und der steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen sind. Mit Blick auf die Umwelt- und Klimapolitik verwies Roland Koch in einer Presseerklärung auf fundamentale Unterschiede zwischen den Plänen der Parteien: „Wer Verbrennungsmotoren verbietet, um den CO2-Ausstoß zu senken, entwertet sowohl Sachkapital als auch geistiges Eigentum. Installiert der Staat hingegen ein System von handelbaren Zertifikaten für den CO2-Ausstoß, werden im Gegenteil neue Eigentumsrechte geschaffen, und der Marktmechanismus wird genutzt, um die effizienteste Technik zur Vermeidung von CO2 zu finden.“^[29]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Am 24. September 2015 fand die Veranstaltung „Reform der Erbschaftsteuer – Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums in der Kritik“ statt. Veranstalter waren die Ludwig-Erhard-Stiftung, die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), die [Deutsche Stiftung Eigentum](#), die [Stiftung Familienunternehmen](#) und die Friedrich-Naumann-Stiftung.^[30]

Intransparente Finanzen

Laut § 5 der [Satzung](#) sollen die Mittel für die Verwirklichung der Zwecke der Ludwig-Erhard-Stiftung durch freiwillige Beiträge, durch Spenden und öffentliche Fördermittel aufgebracht werden. Die Mitglieder des Vereins sind zur Leistung eines Beitrags nicht verpflichtet. Der nach § 15 der Satzung aufzustellende Jahresabschluss und Geschäftsbericht werden nicht veröffentlicht. Auf der Webseite fehlen folgende Angaben: Höhe des Etats, Höhe der Beiträge und Spenden, Namen von Großspendern. Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarischen Anfrage der Fraktion Die Grünen aus dem Jahr 1987 erhielt die Stiftung jahrelang erhebliche Zuschüsse aus Bundesmitteln zu einzelnen Projekten, weil die Bundesregierung es für notwendig hielt, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" zu unterstützen.^[31] Die Anfrage wurde vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium von Wartenberg (CDU) beantwortet, der später zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) als Hauptgeschäftsführer wechselte. Es ist unklar, in welchem Umfang die Stiftung weiterhin Bundeszuschüsse erhält.

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[32]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Weiterführende Informationen

- [Wohlstand für Alle - Fördern, Fordern, Freiheit - Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung 2023](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de, bunestag, abgerufen am 25.08.2022
2. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
3. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
4. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
5. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), abgerufen am 25.04.2024
6. ↑ [Aufgabe der Stiftung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.04.2024
7. ↑ [Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden](#), in: [Wohlstand für Alle. Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), holderstock-media.1cloud.com, abgerufen am 24.04.2024
8. ↑ [Standpunkt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
9. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de, bunestag, abgerufen am 25.08.2022
10. ↑ [Warum wir uns auf den Kampf gegen den Klimawandel versteifen](#), welt.de vom 30.08.2020, abgerufen am 26.08.2022
11. ↑ [Ziele der Oskar-Patzelt-Stiftung](#), mittelstandspreis.com, abgerufen am 25.08.2022
12. ↑ [Personal der AfD in Thüringen](#), taz.de vom 07.05.2013, abgerufen am 13.12.2020
13. ↑ [Teuteberg in Beirat von ProSiebenSat.1 Media berufen](#), politik-kommunikation.de vom 08.02.2022, abgerufen am 25.08.2022
14. ↑ [Mitgliederversammlung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
15. ↑ [Pressemitteilung 23.08.2022](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.08.2022
16. ↑ [Profil](#), fh-zwickau, abgerufen am 27.08.2022
17. ↑ [Profil](#), stefan-kolev.de, abgerufen am 28.08.2022
18. ↑ [Umweltschutz durch Kreativität](#), insm-oekonomenblog.de vom 15.02.2022, abgerufen am 27.08.2022
19. ↑ [Speakers](#), mpsoslo.org, abgerufen am 27.08.2022
20. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de vom 07.09.2023, abgerufen am 26.10.2023

21. ↑ [Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.10.2023
22. ↑ [Podiumsdiskussion im Rahmen der Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.10.2023
23. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021
24. ↑ [Ludwig-Erhard-Lecture 2023 mit Lars P. Feld](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
25. ↑ [Wirtschaftsrat fordert im Handelsblatt breiten Bürokratieabbau](#), wirtschaftsrat.de vom 28.03.2022, abgerufen am 29.12.2023
26. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
27. ↑ [Seminare](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
28. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
29. ↑ [Pressemitteilung](#), ludwig-erhard.de vom 23.08.2021, abgerufen am 25.12.2023
30. ↑ [\[Reform der Erbschaftsteuer](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 01.01.2024
31. ↑ [Kleine Anfrage](#), bundestag.de vom 09.12.1987, abgerufen am 11.07.2021
32. ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011

Daimler

Weiterleitung nach:

- [Mercedes-Benz](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise
